



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Digitalisierung: In welcher Branche was läuft.** Seiten 8-9

## Frauen leben

Eine Web-Adresse & 30 000 Biographien von Frauen. Seite 11



## Mein Name ist ...

Wer alles Lenin, Jesus oder Hitler heisst. Und warum. Seite 6

## Büezer-Frühling

Arbeitsniederlegung bei Walo Bertschinger: Darum geht es. Seite 5

## Gleiche Löhne subito!

Zehn starke Frauen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Justiz und Politik über die Subito-Initiative. Seite 4

# Asterix und Obelix bei Geberit



Weil der WC-Konzern ihre Jobs killen will, protestieren Büezer aus Frankreich in der Schweiz. Seite 3



**extra edito**

Frankreich-Korrespondent  
Oliver Fahrni über die  
Präsidentenwahlen

**MÉLENCHON!**

«Hier sind wir!» ruft er in die Menge am alten Hafen von Marseille, und aus 70 000 Kehlen steigt ein Freudenschrei. Ein bunter Haufen von Arbeiterinnen, Beamten und Bankern, Musikerinnen, Gewerkschaftern, Verkäuferinnen, Pensionierten, Schülerinnen und Biobauern staunt darüber, dass sie alle hier sind, am Meeting des linken Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon. Eigentlich

**Sozialer, feministischer, ökologischer.**

ist diese Gegend Kernland der Neofaschistin

Marine Le Pen und ihres Front national. Eigentlich sollten hier Furcht, Rassismus, Islamhass und wütender Nationalismus herrschen. Doch, «hier sind wir», ruft die «Bewegung der Freien». Sie feiert soziale Rechte, Offenheit, Fortschritt, Gerechtigkeit.

**SCHWEIGT UND HÖRT!** Das alles stand im neoliberalen Europa nicht hoch im Kurs. Der Traum vom grossen Aufbruch schien zum Albtraum aus Krise, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu werden. Fast überall blüht die extreme Rechte. Jetzt habt ihr keine Alternative mehr, sagen die Chefs von Frankreichs rechten Sozialisten: Wollt ihr den Faschismus verhindern, müsst ihr uns wählen! «Unsinn», sagt der linke Mélenchon, «dieses Land braucht weder extreme Rechte noch extremes Kapital.» Und er schwingt sich vor dem glitzernden Mittelmeer zu einer poetischen Phrase über den antiken Dichter Homer, die Demokratie und die Französische Revolution auf. Applaus. «Schweigt, ihr Leute!» ruft er da, «schweigt und hört: Hört den stillen, kalten Schrei der 30 000, für die dieses Meer zum Friedhof geworden ist.» Eine Minute lang ist kein Mucks mehr zu hören.

**KLUGE KÖPFE.** Mélenchon ist nicht nur ein Volkstribun, der Präsident werden will. Er verbittet sich «Mélenchon»- und «Präsident»-Fan-Rufe. «Widerstand» heisst der Slogan. Er hat ein soziales, humanistisches, feministisches und grünes Programm. Für neue Volksrechte. Und ein anderes, soziales Europa. Alles sehr handfest. Datiert. Gerechnet. Hinter dem Programm stehen die klügsten Köpfe des Landes und lange Arbeit. Sie haben die Erfahrungen des Amerikaners Bernie Sanders, der Linksparteien Podemos in Spanien und Syriza in Griechenland (siehe Seite 7) kritisch gespiegelt. Allein in den letzten zwei Märzwochen haben Mélenchons «Freie» 120 000 neue Mitglieder gewonnen. Auf Twitter folgen ihnen schon eine Million. Die Bewegung ist über ihren Kandidaten hinausgewachsen. Nun finden 42 Prozent der Franzosen, der Mélenchon wäre ein guter Präsident.

500 Angestellte wissen nicht, ob sie im April noch Lohn erhalten  
**Modekette Yendi am Abgrund**

**In den Yendi-Läden tauchen Betriebsbeamtete auf, neue Ware gibt's keine mehr. Doch die Chefs hüllen sich in Schweigen.**

CHRISTIAN EGG

Andrea Bauer\*, Verkäuferin in einer Yendi-Filiale im Kanton Zürich, hat Angst: «Niemand sagt uns, was los ist.» Yendi steckt offensichtlich in Schwierigkeiten. Normalerweise bekommt die Filiale dreimal pro Woche neue Kleider geliefert. Bauer: «Aber seit gut einem Monat kommt gar nichts mehr.» Ein Teil der Ware im Laden, etwa die Schuhe oder die Accessoires, stammen noch von der Winterkollektion.

**DER BLAUE BRIEF**

Dazu kommen Kündigungen im mittleren Kader. Urim Dakaj von der Unia Zürich-Schaffhausen hat die Infos aus seiner Region zusammengetragen: Verkaufsführer, Regionalleiterinnen und Stilberaterinnen haben kürzlich den blauen Brief erhalten. Dakaj: «Sogar die Personalabteilung für die Deutschschweiz wurde geschlossen.» Kein Wunder, sei das Verkaufspersonal extrem verunsichert: «Sie machen sich Sorgen um ihre Zukunft.»

Zuletzt informierte Yendi die Mitarbeitenden Anfang Jahr. Schon damals klang es dramatisch: «Die Direktion arbeitet an allen Fronten, um die Lösung zu finden, sei dies durch eine Übernahme oder durch eine Partnerschaft.» Seither herrscht Funkstille. Verkäuferin Andrea Bauer: «Wir rechnen jeden Moment damit, dass der Konkursbeamte aufkreuzt.» Die Märzlöhne hat die Belegschaft noch erhalten. «Aber wir befürchten, dass für den April kein Geld mehr vorhanden ist.» Am schlimmsten sei die Ungewissheit, so Bauer: «Wenn wir wüssten, es geht Ende April zu Ende,

\*Name geändert



**NICHT ALLES GOLD, WAS GLÄNZT:** Im Normalfall gibt's in den Yendi-Läden, wie hier bei einer Filiale in Zürich, regelmässig neue Kleider. Das hat sich geändert. FOTO: MARIO BURGER

könnten wir uns drauf einstellen. Aber so?»

**SCHULDEN ÜBER SCHULDEN**

Auch der Yendi-Filiale in der Berner Altstadt sieht man den fehlenden Nachschub an: An den Kleiderständen im Laden ist viel Platz. Eine der beiden Verkäuferinnen spricht von «Lieferproblemen». Man dürfte aber dem Journalisten keine Auskunft geben, unterbricht sie ihre Kollegin und verweist an die Firmenzentrale.

**«Am schlimmsten ist die Ungewissheit.»**

ANDREA BAUER, YENDI-VERKÄUFERIN

Doch auch dort gibt es keine Antworten auf die ausführlichen Fragen von work.

Klärung bringt ein Auszug aus dem Betriebsregister von Yendi, der work vorliegt. Er listet bis Ende März elf offene Forderungen auf. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf fast

300 000 Franken. Die Freiburger Zeitung «La Liberté» zitiert einen Gläubiger: Yendi schulde ihm mehrere Monatsmieten.

Und auch die Berichte von verschiedenen Yendi-Angestellten zeichnen ein düsteres Bild:

- Eine Mitarbeiterin im Zentrallager ist seit Mitte Februar von der Arbeit freigestellt, weil es keine Ware mehr zum Verteilen gibt.
- Das Shoppingcenter Fribourg Centre kündigte den beiden Yendi-Shops den Mietvertrag. Grund: Man wolle keine halbleeren Läden.
- In mindestens zwei Filialen in der Deutschschweiz ordnete letzte Woche das Betriebsamt an, ein Inventar zu erstellen.

Die Unia forderte Yendi auf, transparent zu informieren und einen Sozialplan auszuarbeiten. Der Druck hat gewirkt, berichtet Arnaud Bouverat, Detailhandelsexperte bei der Unia: «Wir haben für nächste Woche ein erstes Treffen abgemacht.» work bleibt dran.

**SYSTEM YENDI:**

**JUNG, BILLIG, VERSCHWIEGEN**

Der Aufstieg war zuletzt steil: 1976 in Bulle FR gegründet, wuchs Yendi bis zur Jahrtausendwende auf 13 Läden. Letztes Jahr waren es dann schon 110, mit rund 500 Beschäftigten. Die Modekette spezialisierte sich auf billige Kleider für junge Frauen.

**KONKURRENZ.**

Genau darin sieht Arnaud Bouverat, Unia-Detailhandelsexperte, einen möglichen Grund für die jetzige Krise: «Die Konkurrenz durch den Onlinehandel trifft dieses Segment am stärksten.» Yendi kommentiert seine aktuelle Situation nicht. Das passt zum verschwiegenen Unternehmen: Auch Umsatz- oder Gewinnzahlen gibt es nicht bekannt. (che)

Neue GSoA-Initiative gegen Kriegsgeschäfte fordert:  
**Kein Schweizer Geld mehr für Kampfdrohnen und Panzer**

**Nationalbank und Pensionskassen investieren Milliarden in Rüstungsfirmen. Damit soll Schluss sein, findet auch Rentnerin Louise Schneider.**

CHRISTIAN EGG

«Geld für Waffen tötet», steht neu in grossen roten Lettern an einer Bauwand der Nationalbank in Bern. Dahin gesprayed hat sie die 86jährige Louise Schneider: «Solange es Waffen gibt, wird sich nichts ändern», sagt sie. Und wird von der Polizei abgeführt.

Der Grund für Schneiders Empörung: Die Nationalbank ist beteiligt an Firmen, die Kriegsmaterial produzieren, mit mindestens 800 Millionen Franken. Das zeigen Recherchen der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). Und das ist nur die Spitze des Eisbergs: Schweizer Pensionskassen haben laut GSoA zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in Rüstungsfirmen investiert. Konkretes Beispiel dafür: Die Pensionskasse des Kantons Bern ist mit Millionen von Franken am britischen Rüstungskonzern BAE betei-



**AMÜSANT:** Die Polizisten wollen nicht glauben, dass Louise Schneider den Schriftzug gesprayed hat. FOTO: KEYSTONE

ligt. Vom Schützenpanzer bis zur Kampfdrohne stellt die

**Pensionskassen investieren Milliarden in Rüstungsfirmen.**

Firma Todesmaschinen aller Art her und beliefert Kriegsparteien weltweit.

**FINANZPLATZ.** Damit soll jetzt Schluss sein. GSoA und Junge Grüne haben eine Volksinitiative lanciert, die Kriegsgeschäfte mit Schweizer Geld stoppen will. Sie will Pensionskassen, Stiftungen und der Nationalbank verbieten, Aktien von Rüstungsfirmen zu kaufen,

auch über Fonds. Ausserdem sollen sie solchen Firmen keine Kredite mehr gewähren dürfen. Für Banken und Versicherungen soll der Bund entsprechende Gesetze ausarbeiten.

Im Initiativkomitee sitzt auch Angelo Barrile, Zürcher SP-Nationalrat. Für ihn ist klar: Nicht nur der Schweizer Rüstungskonzern Ruag (siehe «worksms» von Endo Anaconda nebenan) profitiert von den Kriegen weltweit: «Das Geld, das über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns alle zu Komplizen.»

Die Initiative online unterschreiben: [wecollect.ch](http://wecollect.ch).



An die Ruag

Asad, Erdogan, Putin, Kurden, Iraker, Rebellen, Iran, USA und die Saudis – alle gegen den IS. Putin, Erdogan und Asad auch noch gegen die Kurden. Die YPG-Kurden gegen Barzani-Kurden, die Schiiten gegen die Sunniten. Letztere gegen die Schiiten, Israel und die Christen, Israel mit den Saudis gegen Iran. Alle schiessen auf alle, hauptsächlich auf Frauen, Kinder und alte Männer. Donald Trump fühlt Mitleid mit den vergasteten Kindern und schickt Lenk Waffen gegen Asad, meint aber Putin. Da steht die Schweiz 1A da, wir schicken nur die gute Ruag-Munition. Ein friedliches OsterfestwünschtEndo

Ihr SMS an Endo:  
077 437 56 82



WILDE GALLIER: «Geberit zieht an der Klospülung und bedroht 257 Jobs» – französische Búezer machen Druck in Rapperswil-Jona.

**Jobkiller Geberit:** Französische Arbeiter protestieren beim Schweizer WC-Konzern

# Asterix & Obelix bei den Helvetiern

**Erstmals verlief eine Aktionärsversammlung des Sanitärkonzerns Geberit nicht nach Drehbuch: Asterix und Obelix standen vor der Tür.**

RALPH HUG | FOTOS FLORIAN AICHER

Da kommen sie daher, die Geberit-Aktionäre: Ältere in Trevira-Hosen, Junge mit Gel im Haar. Damen im Deux-pièces, Herren mit Krawatte, andere wieder im Schlapperlook. Einer sogar in Langhaartracht. Gratis-Pendlerbusse bringen sie vom Bahnhof Rapperswil-Jona SG zur Sporthalle Grünfeld. Dort hat es Platz für 1500 Leute.

Doch diesmal ist etwas anders. Die Aktionärinnen und Aktionäre müssen Spiessruten laufen. Vorbei an protestierenden Búezerinnen, Búezern und Gewerkschaftern aus Frankreich. Sechs Stunden lang sind diese aus dem Burgund an den Zürichsee gefahren, um laut zu sagen: «Wir wollen unsere Jobs behalten! Wir haben keine anderen.» Geberit will zwei Keramikwerke im Burgund und in der Champagne schliessen. Die Produktion soll nach Portugal und Polen verlagert werden. Dort sind die Löhne halb so hoch. Auch im deutschen Oberbayern soll ein Standort weg. Ein Klacks für einen Milliardenkonzern mit 30 Werken in 50 Ländern und 12000 Mitarbeitenden. Doch für die französischen Búezer und ihre Familien sind die Jobs überlebensnotwendig. Die Region, in der sie leben, hat wenig Industrie,

**Aktionärs motto: Schweigen und kassieren.**

Arbeitsplätze sind Mangelware. Eigentlich sollten die Fabriken bereits zu sein. Doch die Betroffenen wehren sich, zusammen mit den Bürgermeistern und der «Intersyndicale», einer Allianz der vier französischen Gewerkschaften CFTD, CGT, CFTC und UNSA (siehe Interview).

## MORITURI TE SALUTANT

Nun sind sie plötzlich die mutigen Gallierinnen und Gallier, die gegen die mächtigen Römer kämpfen. Verkleidet als Asterix und Obelix, verteilen sie vor dem Sportzentrum Flyer. Darauf steht: Morituri te salutant. Das ist Latein und heisst: Die Todgeweihten grüssen dich. Todgeweiht? «Keineswegs!» meint Gewerkschaftsanwalt Ralph Blindauer. Er vertritt die Betroffenen im Konsultationsverfahren. Sein Optimismus ist unerschütterlich: «Die Manager haben Fehler gemacht», stellt er klar. Die französische Arbeitsbehörde hat im Januar das Verfahren gestoppt. Die zuständige Geberit-Tochter Allia muss es wegen Mängeln wiederholen. Ein erster Sieg. «Wir haben einige Monate mehr Zeit», freut sich Blindauer. Und die will er nutzen. Sein Credo lautet: Protestieren muss man dort, wo entschieden wird. Also vor der Geberit-Zentrale am Zürichsee.

## SCHWARZE SCHUTZTRUPPE

Noch nie sahen die Aktionäre protestierende Arbeiter. Einige reagieren belustigt. Doch die meisten sind verunsichert, verstört, blicken weg, verweigern das Flugblatt. Sie sind wegen der Dividende gekommen, nicht wegen deren Opfern. Einzelne werden ausfällig: Die Franzosen sollten lieber mehr arbeiten, schimpfen sie. Ein fremdenfeindlicher Unterton ist unüberhörbar. Während die Aktionäre im Sportzentrum verschwinden, bleiben die Allia-Búezer an den Absperrgittern hängen: «Zutritt nur für Geberit-Aktionäre». Ausrufezeichen! Die Geberit-Chefs hatten offenbar Schlimmes befürchtet. Polizei und schwarzgekleidete Security-Leute der Seewache AG sind aufgeboten. Die Polizei

hatte im Vorfeld gar versucht, der Unia jegliche Aktivitäten rund um die GV zu verbieten.

Kein Zutritt auch für work. Man sei nicht angemeldet, meint ein PR-Mensch. Wie heisst es im neuen Jahresbericht? Der Konzern pflegt eine «offene und transparente Informationspolitik». Von wegen. Nur Hofberichterstattung ist erwünscht. Im Bericht gibt es noch mehr schöne Floskeln: «Geberit will Vorbild für ethisch einwandfreies und sozial verträgliches Wirtschaften sein.»

Doch kann ein Konzern ein Vorbild sein, wenn er bei Supergewinnen zwei rentierende Werke dichtmacht? Und dies allein aus Gründen der Gewinnmaximierung?

## ROBUSTE BRANDREDE

Einen kann Geberit nicht stoppen: Arno Russi. Der robuste Unia-Leiter aus Chur marschiert direkt in die Halle. Die Unia besitzt ein paar Geberit-Aktien. Und damit das Stimmrecht. Russi ergreift das Wort und geisselt die Firma als Jobkiller, die Arbeiterfamilien ins Elend stürze. Jetzt kann niemand mehr behaupten, vom Konflikt in Frankreich nichts zu wissen. Russi drückt Verwaltungsratspräsident Albert

**SO NICHT: Der Zauberspruch des Allia-Obelix Bruno Bonnet heisst Solidarität.**

M. Bähny eine Petition mit 500 Unterschriften in die Hand. Doch eine Debatte findet nicht statt. Nicht einmal eine Antwort habe er erhalten, sagt Russi: «Das ist nur eine Abnicker-Versammlung. Alle warten auf den Apéro.» Nach einer Stunde ist alles vorbei.

Schweigen und kassieren, lautet die Losung im helvetischen Volkskapitalismus. Und zwar klassenübergreifend. Die Zusammenkunft der Dividenden-Picker stimmte nicht nur freudig der Ausschüttung von rekordhohen 10 Franken pro Aktie zu – 20 Prozent mehr als letztes Jahr. Sie genehmigte auch den neuen Lohn von CEO Christian Buhl: 2,3 Millionen Franken pro Jahr. Das ist fast eine halbe Million mehr als letztes Jahr. Begründung für diese Abzockerei: «schrittweise Anpassung an den Markt». Man ist unter sich, man profitiert vom guten Geschäftsgang. Die einen mehr und die anderen weniger.

Und einige gar nicht!

Allia-Gewerkschafter Laveder:

**«Halbherziger Kompromiss? Nicht mit uns!»**

Pierre Gael Laveder arbeitet im Werk Digoin der französischen Geberit-Tochter Allia. Er ist der Sprecher der Gewerkschaftsallianz, die sich zusammen mit den 257 Beschäftigten gegen die Schliessung der Standorte wehrt.

RALPH HUG

**work:** Sie kamen als Asterix und Obelix in die Schweiz. Und, haben Sie jetzt die Römer vernichtend geschlagen? **Pierre Gael Laveder:** Wir konnten einen kleinen, aber doch markanten Akzent setzen. Nicht zuletzt wegen der Folklore mit



**«Die Manager müssen jetzt Alternativen vorschlagen.»**

PIERRE GAEL LAVEDER, ALLIA-GEWERKSCHAFTER

Asterix und Obelix. Das werden die Aktionärinnen und Aktionäre, aber auch die Geberit-Manager nicht vergessen. Wir hatten das französische Fernsehen dabei. Die Berichte der Medien haben den Kampf um unsere Arbeitsplätze in ganz Frankreich und in der Schweiz bekanntgemacht.

**Was haben Sie nun als nächstes vor?**

Unsere Gewerkschaftsdelegierten haben Mitte April einen weiteren Termin im Arbeitsministerium in Paris mit der Geschäftsleitung unserer Mutterfirma Allia. Was auch immer entschieden wird: unsere nächste Aktion wird sämtliche Mitarbeitenden von Allia umfassen. Als Datum drängt sich der 1. Mai auf. Wir können dabei auf die Unterstützung der «Aufständischen» in unserer Region Saône et Loire zählen. Das sind die Leute der Bewegung des linken Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon.

**Was muss das Geberit-Management jetzt tun?**

An der Aktionärsversammlung hat sich CEO Christian Buhl sehr zuversichtlich über die Entwicklung der Märkte in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden geäussert. Er sprach aber nicht vom französischen Markt. Ich hoffe, dies geschah nicht mit der Absicht, unseren Protest zu verschweigen. Buhl muss ein grosses Interesse daran haben, mit uns vernünftig umzugehen. Er sollte unsere Widerstandskraft nicht unterschätzen. Allein mit Geld wird er sich den sozialen Frieden nie erkaufen können. Das Geberit-Management muss jetzt auf Alternativen zur Betriebsschliessung eingehen, wie wir sie vorgeschlagen haben. Es muss ein Projekt sein, das für beide Seiten einen Vorteil bringt. Einen halbherzigen Kompromiss lehnen wir ab.

**Jean Ziegler zu Geberit: «Beschämend»**



Erfolgsautor und Ikone Jean Ziegler findet das Vorgehen von Geberit «beschämend». Der Konzern stelle sich taub gegenüber den Anliegen der von Entlassung bedrohten Arbeiter. Dies, obwohl es Alternativen zur beabsichtigten Schliessung zweier Werke in Frankreich gebe. Mit ihrer Politik fördere Geberit die Verwüstung ganzer Regionen, schreibt Ziegler in einer Solidaritätsadresse. Als Schweizer Bürger dürften wir eine solche Behandlung unserer Nachbarn nicht akzeptieren. (rh)

# Unia will, dass Lohngleichheit von Mann und Frau endlich durchgesetzt wird: Subito-Initiative stösst auf breites Interesse

Die Gewerkschaft Unia verlangt vom Gewerkschaftsbund, dass er die Lancierung einer Initiative zur Durchsetzung der Lohngleichheit prüfe. Eine prima Idee, fi nden prominente Frauen. Endlich!

SABINE REBER

Noch ist die Lancierung der Subito-Initiative nicht beschlossen – doch bereits wird die Idee, die von den Frauen in der Unia-Geschäftsleitung stammt, breit begrüsst. Zum Beispiel von SP-Nationalrätin **Susanne Leutenegger Oberholzer** (69). Die Ökonomin und Juristin sagt: «Tiefe Frauenlöhne bedeuten weniger Einkommen heute und weniger Altersrente morgen. Der Milliardenbschiss an den Frauen muss jetzt endlich gestoppt werden. Die vorgeschlagene Subito-Initiative der Unia ist die richtige Antwort. Nötig ist auch eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und der Betreuungsarbeit zwischen Männern und Frauen. Ebenfalls subito.»

Das findet auch die **erste Bundesrichterin der Schweiz, Margrith Bigler-Eggenberger** (84), die sich schon Jahrzehnte lang für die Gleichstellung einsetzt: «Wie kann Lohngleichheit für gleiche Arbeit endlich hergestellt werden? Möglicherweise durch Druck mit einer Durchsetzungsinitiative, die die Umsetzung von Lohngleichheit zugunsten von Frauen auf Verfassungsstufe, also in unserem Grundgesetz, zu erzwingen versucht? Warum auch nicht – es wäre den Versuch wert.»

## HÖCHST UNFAIR

Die Lohndifferenz zwischen Mann und Frau beträgt immer noch rund 20 Prozent. Wie viel davon nicht mit «objektiven



FOTOS: KEYSTONE, IRIS KREBS, BENJAMIN MANSER, ZVG

Faktoren erklärt werden kann, ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Die **Finanz- und Bankenprofessorin Gabrielle Wanzenried** (48) von der Hochschule Luzern sagt dazu: «Ge-

## Initiativ-Idee kommt von den Frauen aus der Unia-Spitze.

mäss einer aktuellen Studie des Büros Bass können 42 Prozent des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern nicht durch objektive Faktoren wie Bildungsniveau, Alter, Beruf, Unternehmenszugehörigkeit usw. erklärt werden.» Das sei hoch, sogar «höchst unfair» und «führt zu Ineffizienzen und somit zu einem Wohlfahrtsverlust». Auch Professorin **Wanzenried** begrüsst deshalb die Subito-Initiative und meint: «Der Markt löst das Problem nicht, und deswegen

braucht es eine verstärkte Regulierung und griffige Massnahmen für eine zeitgemässe und rasche Umsetzung der Lohngleichheit.»

Viel mehr Tempo bei der Gleichstellung wünscht sich auch **Schauspielerin Mona Petri** (40). Im Schweizer Spielfilm «Verliebte Feinde» schlüpfte sie geschmeidig in die Haut der Schweizer Feministin Iris von Roten, jetzt sagt sie: «Ich begrüsse diese Initiative von Herzen! Als günstige Nebenwirkung wird dank einer Initiative das Thema Gleichstellung zusätzlichen Fokus bekommen und zu mehr Bewusstsein führen. Auch deshalb ist eine Initiative wichtig.»

Und weil sie den nötigen politischen Druck erzeugen könnte, sagt **SP-Nationalrätin Bea Heim** (71): «Denn viele Herausforderungen unserer Sozialwerke wären kleiner, wenn Frauen für gleichwertige Arbeit

den gleichen Lohn bekämen. Höchste Zeit für die von der Unia vorgeschlagene Subito-Initiative – wir müssen Druck machen!»

**STADT BERN MACHT'S VOR** Lohngleichheit ist durchsetzbar. Das zeigt die Sozial- und Bildungsdirektion der Stadt Bern. Die grüne **Direktorin Franziska Teuscher** (59) ist stolz darauf und meint: «In meiner Direktion beträgt der Lohnunterschied null Franken.» Die Stadt Bern habe die Lohngleichheit durchgesetzt. Und was Bern könne, könnten andere auch. **Teuscher**: «Darum braucht's nun die Subito-Initiative.»

Das sieht auch **Monique Ryser** (54) so. Als **Präsidentin der Business & Professional Women (BPW)** hatte sie die ersten Equal Pay Days der Schweiz organisiert. An die Adresse der Arbeitgeber sagt sie: «Wer Bürokratiemonster ruft, wenn er das

Stichwort Lohngleichheit von Frau und Mann hört, muss eine eigenartige Lohnbuchhaltung haben. Und ein eigenartiges Menschenbild. Starten wir also die Initiative «Lohngleichheit subito» – damit auch diese «göttliche Ordnung» endlich abgelöst wird.»

«Die göttliche Ordnung» heisst der aktuelle Schweizer Spielfilm über das Frauenstimmrecht. Seiner **Regisseurin, Petra Volpe** (46), hat work in Sachen Subito-Initiative ebenfalls auf den Zahn gefühlt. Und hier ihre spontane Reaktion: «Ich befürworte diese Initiative – es muss in dieser Sache endlich vorwärtsgehen! Es ist so beschämend, dass wir Frauen nicht gleich viel verdienen und dass diese Tatsache auch immer wieder dreist verleugnet wird.»

## MUT UND KRAFT

Immer noch sind Frauen in Verwaltungsräten und Geschäfts-

leitungen in der Schweiz stark untervertreten. Ob eine Initiative auch dagegen antreten müsste, müsse man genau abklären, sagt die grüne **Nationalrätin Christine Häslar** (54), für die die Unia-Idee «genau richtig kommt. Es muss endlich etwas geschehen!»

Das findet auch die **Berner Fürsprecherin und Notarin Marianne Jacobi** (64). Sie hofft, dass eine Subito-Initiative den frauendiskriminierenden Arbeitgebern Beine machen würde, und weist zudem darauf hin, «was die Frauenlohndrücker schon heute das Fürchten lehrt: wenn sie öffentlich angeprangert werden – von Gewerkschaften und Frauenorganisationen, von Medien wie work. Und vor allem auch durch Klagen vor Schlichtungsstellen und Gerichten. Dazu braucht es Mut und Kraft.» Doch das Paragrafenrecht bleibe wirkungslos, wenn es nicht eingefordert werde.

**workfrage: Lohngleichheit subito: Was halten Sie von der Idee einer Initiative?**

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

INSERATE

## Zeigen Sie uns Ihre Fotos!



**work sucht Ihren Schnappschuss.** Wir suchen die schönsten, witzigsten, interessantesten, überraschendsten Bilder. Die besten Einsendungen publizieren wir im work und honorieren sie mit **Fr. 100.-**.

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto an **redaktion@workzeitung.ch**, Betreff «Leserfoto». Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

**work**

**Wollen Sie eine herausragende Zeitung mitgestalten? Bei uns können Sie das in einer Schlüsselposition tun.**

Wir sind work, die Zeitung für Arbeit. Wir nennen freche Abzocker, schreiben über mutige Belegschaften, kritisieren hemmungslose Jobvernichter. Wir analysieren die Wirtschaft von unten.

Das tun wir vierzehntäglich in einer Auflage von 92 906 Exemplaren. work gehört der Gewerkschaft Unia, arbeitet aber mit solider redaktioneller Freiheit. Wir suchen **ab sofort** oder nach Vereinbarung eine/-n

## Produzentin/Produzenten – Redaktorin/Redaktor (80%)

**Sie interessieren sich** für die Arbeitswelt aus Sicht der Arbeitnehmenden. Sie sind an politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen interessiert. Sie haben das Organisationstalent und das Durchsetzungsvermögen einer Allrounderin/eines Allrounders. Sie sind sprachlich versiert, können Texten den richtigen Feinschliff geben und haben ein Händchen für spritzige Titel. Dabei sind Sie pingelig genau und zugleich spielerisch kreativ. Sie sind ein Kommunikationstalent und sozial kompetent.

**Wir erwarten** von Ihnen mehrere Jahre Berufserfahrung als Journalistin/Journalist und/oder als Produzentin/Produzent in den Printmedien, ein breites Allgemeinwissen sowie Engagement und Eigeninitiative.

**Wir bieten** Ihnen einen spannenden, verantwortungsvollen und vielseitigen Job in einem kleinen Team und gute Arbeitsbedingungen. Arbeitsort ist Bern.

**Interessiert?** Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an **bewerbung.be@unia.ch**. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Grossenbacher (031 350 24 18).

**www.workzeitung.ch**

# Genfer Walo-Büezer wollen fairen Sozialplan «Monsieur Walo soll endlich kommen!»

Rund 30 Baubüezer der Genfer Filiale der Walo Bertschinger AG haben die Arbeit niedergelegt, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. work war dabei.

SABINE REBER

10 Uhr morgens an der Rue Caroline im Genfer Quartier L'Acacias, ein eisiger Wind fegt durch die Quartierstrasse. Zwei Beizentische stehen vor einem Bauwagen, in einer Pfanne dampft Tee. Flyer und Protestschreiben liegen auf. An die 30 Büezer sind da, Italiener, Portugiesen, Schweizer,

**«So schnell geben wir nicht auf!»**

IBRAHIM KONKO, WALO-BÜEZER

Franzosen, Senegalesen. Die Hälfte von ihnen sind schon über 55 Jahre alt. Sie wurden entlassen, weil die bekannte Zürcher Baufirma Walo Bertschinger, die in der Branche alle nur «Walo» nennen, ihre Genfer Filiale schliesst. Nun kämpfen die Männer für einen besseren Sozialplan. Walo bot ihnen nur einen Monatslohn Entschädigung an, obwohl viele von ihnen seit 20 oder gar 30 Jahren dabei sind.

Die Arbeiter sind aufgebracht an diesem Morgen. Walo bot einigen an, in Lausanne weiterzuarbeiten, anderen wurden höhere Entschädigungen in Aussicht gestellt. «Offensichtlich versuchen sie uns zu spalten», ärgert sich ein Dampfwalzenmaschinist, «dem einen bieten sie das an und dem anderen dies. Aber nichts da, wir halten zusammen!»

## 100-JAHR-JUBILÄUM

Die Nerven sind angespannt, die Männer treten von einem Fuss auf den anderen, reiben sich die grossen, schwierigen Hände. Der Wind geht durch Mark und Bein. Ibrahim Konko (36), Unia-Mitglied der Verhandlungsdelegation der Walo-Arbeiter, lacht und sagt: «So schnell geben wir nicht auf, wir sind abgehärtet.» Der Senegalese arbeitet als Asphaltierer, schon seit er 17 Jahre alt ist. Er lebt mit Frau und zwei Töchtern in der Nähe der französischen Stadt Annemasse und ist Grenzgänger. In seiner Freizeit spielt er Fussball und engagiert sich in einem Quartierverein. Er ist nicht einer, der rasch den Kopf hängen lässt. Aber jetzt hat Konko genug: «Wir haben uns all die Jahre aufgeopfert, haben geschwitzt und gechrampft, da mit es der Firma Walo gutgeht, und nun werfen sie uns einfach weg, als ob das alles nichts zählte.»

Derweil ruft Luis Gouveira (49): «Wo ist Monsieur Walo? Er soll endlich herkommen und mit uns reden!» Der Portugiese arbeitet seit 18 Jahren bei Walo in Genf als Magaziner. Er setzt sich auf die Holzbank, sagt mit enttäuschter Stimme: «Herr Walo hat keine Zeit für uns, er muss die Feierlichkeiten zum 100-Jahre-Firmenjubiläum vorbereiten. Und was bekommen wir als Geburtstagsgeschenk? Die Entlassung!»

## PÉPÉ, DER GROSSVATER

«Pépé l'ancien» ist mit seinen 59 Jahren der älteste der Walo-Arbeiter. Er werde von allen um Rat angegangen, erzählt der dreifache Grossvater. «Frag



**PÉPÉ L'ANCIEN:** Er ist der älteste der Bauarbeiter. Seit dem 1. November 1979 arbeitet er bei Walo. Es geht ihm und seinen Kollegen (kleine Bilder) um einen besseren Sozialplan – und vor allem auch um Respekt für die Leistungen und die Loyalität in den vergangenen Jahrzehnten. FOTOS: PIERRE ALBOUX, ERIC ROSET

Pépé l'ancien», heisse es immer, «Pépé kann dir sicher helfen!» Aber nun weiss er auch nicht mehr weiter. Er verstehe ja die Situation von Monsieur Walo, sagt er, der habe es in Genf nämlich nicht einfach: «Der Kanton ist klein, und es gibt hier zu viele Baufirmen. Die Konkurrenz ist riesig.» Aber: «Es gab eben auch schlechte Führung. Zwei Filialleiter wurden wegen Inkompetenz entlassen.» Pépé betont: «Den Fehler machten sie in den Büros und nicht wir Arbeiter auf der Baustelle. Warum sollen wir es ausbaden?» Sein Kollege Antonio, der seit 30 Jahren auf Schweizer Baustellen arbeitet, ergänzt: «In den letzten Jahren haben sie viele Extras von uns verlangt, wir haben immer wieder nachts und auch am Wochenende gearbeitet, ohne zu murren.»

## GUTE UND SCHLECHTE ZEITEN

Und Pépé erzählt von zufriedenen Kunden, die ihnen Wein und Schokolade geschenkt hätten: «Wir wurden überall beglückwünscht für unsere hervorragende Arbeit.» Mit Tränen in den Augen sagt er: «Ich bin seit dem

1. November 1979 bei Walo. Damals hiess die Firma noch Auberson. Wir Ältere waren schon vor Herrn Walo da.» Pépé sagt, es gehe hier nicht «nur» um einen besseren Sozialplan. Es gehe um Respekt und Würde. Und ausser dem sollten die sechs Arbeiter, die bereits Ende 2016 entlassen wurden, auch in den Sozialplan aufgenommen

werden. Wilson Berner (41), Maurer aus Genf, ist einer von ihnen. Er sei immer noch arbeitslos, sagt er, aber er werde schon zurechtkommen. Er sei aus Solidarität mit den Älteren da: «Sie haben mich ausgebildet, sie haben mir beigebracht, wie man arbeitet und durchhält in guten und schlechten Zeiten.»

## Walo Bertschinger: So geht es weiter

Die Zürcher Baufirma Walo Bertschinger AG hatte im März die Schliessung ihrer Filiale in Genf bekanntgegeben und alle rund 40 Angestellten entlassen. Da es zu keiner Einigung über einen angemessenen Sozialplan kam, hatten die rund 30 betroffenen Bauarbeiter ihre Arbeit während insgesamt sieben Tagen niedergelegt. Sie wurden dabei unterstützt von den Gewerkschaften Unia, Syna und SIT. Schliesslich wurde das lokale Schiedsgericht einberufen. Nach Artikel 78 des Landesmantelvertrages für das schweizerische Bauhauptgewerbe

ist «während der ganzen Dauer der Verfahren vor der paritätischen Berufskommission und vor dem Schiedsgericht jegliche Auseinandersetzung über Verlauf und Inhalt der Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu unterlassen».

**VERHANDLUNGEN.** Walo Bertschinger und seine Firma wollen aus diesem Grund keine Stellung nehmen. Auch die Gewerkschaft Unia hält sich an Artikel 78 und gibt darum keine Details preis, solange die Verhandlungen weiterlaufen. (sr)

## Generali: Sozialplan steht

NYON VD. Die Angestellten von Generali in Nyon können einen weiteren Erfolg feiern: Sie haben mit der Direktion einen anständigen Sozialplan ausgehandelt. Dies, nachdem sie bereits im Februar erreicht hatten, dass der Versicherungskonzern nur knapp die Hälfte der ursprünglich geplanten 108 Arbeitsplätze nach Adliswil ZH verlagert. Alle Betroffenen, die nicht in Adliswil arbeiten wollen, erhalten eine Abgangsentschädigung von einem bis acht Monatslöhnen, je nach Alter



**IHR WIDERSTAND HAT SICH GELOHNT:** Generali-Angestellte in Nyon VD. FOTO: UNIA

und Dienstjahren. Zudem können sie Coaching und Weiterbildung bis zu einem Betrag von 20000 Franken pro Person beanspruchen. Wer bereits 63 oder älter ist, kann sich vorzeitig pensionieren lassen. Im Branchenvergleich sei dies ein guter Sozialplan, resümiert Unia-Mann Arnaud Bouverat. Allerdings seien die Verhandlungen sehr schwierig gewesen. Erst nach zwei halben Streiktagen habe Generali überhaupt in Gespräche eingewilligt: «Nur dank der Entschlossenheit der Belegschaft konnten wir dieses Resultat erzielen.»

## Rentenklau-streik bei BMW

LONDON. Das lassen sich die britischen BMW-Angestellten nicht bieten: Der Autokonzern will ihre Renten massiv verschlechtern – und dies, obwohl BMW letztes Jahr einen Rekordgewinn von 6,9 Milliarden Euro erzielte.

Jetzt beschlossen die Autobauer, an acht Tagen im April und Mai zu streiken. Bis zu 3500 Arbeiterinnen und Arbeiter würden die Arbeit niederlegen, so die Gewerkschaft Unite, die grösste der Britischen Inseln. Still stehen werden zwei BMW-Fabriken sowie je eine der Marken Mini und Rolls-Royce.

## Keine Regeln für private Security

BERN. Nach wie vor soll es in der Deutschschweiz keine all-gemeingültigen Vorschriften für private Sicherheitsdienste geben. Die Kantone haben ein entsprechendes Konkordat sisiert. In einem Communiqué bedauert die Unia den Schritt: «Das Konkordat hätte endlich den privaten Sicherheitsdiensten Regeln gesetzt und Ausbildungsstandards festgelegt.» Jetzt müssten diese im Gesamtarbeitsvertrag der Branche genauer geregelt werden, fordert die Gewerkschaft. Zudem solle dieser ausgeweitet werden, so dass auch Betriebe mit weniger als zehn Angestellten darunter fallen.

## Dumping in Transportbranche Die letzten Dämme

Die Löhne sind kaum irgendwo so stark unter Druck wie bei den Chauffeuren. Unternehmer aus Osteuropa hetzen Lastwagenfahrer für ein paar Euro Stundenlohn im Transitverkehr quer durch Europa. Noch gibt es Dämme, die das schlimmste Dumping verhindern: die Gewichtslimite von maximal 40 Tonnen pro Fahrzeug, das



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Nacht- und Sonntagsfahrverbot und das Verbot der «Kabotage»: Transporte innerhalb eines Landes dürfen nicht von Unternehmen aus dem Ausland gemacht werden. Mit diesen Regulierungen ist einigermassen gesichert, dass die Firmen für Inlandtransporte ortsübliche Löhne bezahlen. In Österreich hat die Gewerkschaft Vida aber festgestellt, dass ausländische Unternehmen bereits 20 Prozent der Binnentransporte ausführen, trotz Kabotageverbot. Das bedeutet einen Verlust von 10 000 Arbeitsplätzen.

**HUNGERLÖHNE.** Nun wollen die neoliberalen Turbos diese Dämme überall schleifen. Die Transportpreise sollen weiter fallen, obwohl sie die Gesamtkosten schon lange nicht mehr decken. Zuerst auf der Abschussliste steht das Verbot der Kabotage. Ist es weg, fällt auch die einheimische Transportwirtschaft – von Italien über die Schweiz bis nach Schweden. Gemeinsame Sache mit den Neoliberalen machen die osteuropäischen Regierungen. Sie wittern grosse Geschäfte. Ihnen ist egal, wenn Fahrer aus ihren Ländern zu Hungerlöhnen rumkurven müssen. Für diese sind Chauffeuren-Gasthöfe längst Nostalgie. Tagelang leben sie in ihren Kabinen an den Strassenrändern und ernähren sich von Mitgebrachtem. Weil sie die Preise vor Ort mit ihren Löhnen nicht zahlen können.

Für die Gewerkschaften der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) ist deshalb klar: Zu zahlen sind die Löhne vor Ort. Giorgio Tuti, Präsident der Schweizer Bähnlergewerkschaft SEV und der ETF-Bähnler, fordert: «Schweizer Löhne auf Schweizer Strassen und Schienen.» Dazu müssten die bestehenden Dämme gehalten und verstärkt werden. Zum Beispiel mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen.



### «Uber»-Aktion bei Post und SBB – der Film

Die Gewerkschaften Unia, SEV und Syndicom haben vor den Hauptsitzen von Post und SBB in Bern eine Protestaktion gegen deren Zusammenarbeit mit dem Dumpingfahrdienst Uber durchgeführt. Verärgerte Taxichauffeure, die unter dem Dumpingfahrdienst leiden, haben sie dabei unterstützt. Den Film zur Aktion finden Sie auf:

[www.unia.ch/uber-illegal](http://www.unia.ch/uber-illegal)



FRISCH GEWÄHLT: Lenín Moreno mit seiner Frau Rocío González. Ihr Vorname ist übrigens eher poetisch als politisch: Er bedeutet «der Tau». FOTO: REUTERS

## In Südamerika blühen die Namen grosser Männer Wieder ein Lenin an der Macht

**Er heisst Lenín Voltaire Moreno Garcés und ist der neue Präsident von Ecuador. Mit seinem Namen hatte er wesentlich mehr Glück als die vielen Hitlers, die in Brasilien frei rumlaufen.**

MICHAEL STÖTZEL

Lilian Garcés und Servio Moreno, ein mittelständisches kommunistisches Lehrerehepaar, haben vielleicht davon geträumt, dass ihr 1953 geborener Sohn einmal Grosses vollbringen und hochintelligent werden würde. In dieser Reihenfolge. So gaben sie ihm den Namen Lenín Voltaire, nach dem russischen Revolutionär und dem französischen Philosophen der Aufklärung. In kommunistischer Bescheidenheit riefen sie ihn in seiner Jugend nur Voltaire. Sie konnten ja nicht ahnen, dass er einmal die Staatsspitze erklimmen würde.

In Ecuador wie auch in ganz Südamerika geben Eltern ihren Kindern gerne die Namen historischer Grössen. Offenbar auch, ohne sich darum zu kümmern, was das genau für Grössen waren.

### STALIN PÉREZ BORGES

Erheblich mehr Pech als Moreno hatte zum Beispiel der führende venezolanische Gewerkschafter Pérez Borges, der als Trotzki für Arbeiterselbstverwaltung kämpft. Sein Vorname: Stalin. Offenbar hat er sich nie darum bemüht, den Namen des Trotzki-Mörders los zu werden.

Einigermassen bestürzend für europäische Gemüter sind die vielen Hitlers oder Mussolinis, die vor allem in Brasilien herumlaufen.

Prominent war zum Beispiel Hitler Mussolini Pacheco, Polizeichef im Teilstaat Goiânia. Ein Apotheker aus São Paulo heisst Adolfo Hitler Ferreira Santos – und leidet unter seinem Namen. Er registriert genau, wenn er auf Ablehnung stösst. So erzählt er von der schwarzen Krankenschwester, bei der er einmal Blut spendete. Aufgrund seines Namens weigerte sie sich, ihm die Hand zu geben. Sein Vater verehrte die Nazis, er wusste also, was er tat. Und nannte seinen zweiten Sohn gleich Himmler Hitler Göring. Da können die brasilianischen Eisenhowers, Rambos, Goethes, Elvis Presleys, Einsteins, Hirohitos, Osama-Bin-Ladens oder Mao-Tse-Tungs fast schon aufatmen.

Auffällig: In den entsprechenden Listen findet sich weder Fidel noch Castro. Beide Namen sind im spanischen Sprachraum zu normal und zu weit verbreitet, um an den Máximo Líder zu erinnern. Auf Kuba selbst ist jeder Kult um den Alten verboten.

### CHRIST MERKEL

Das brasilianische Zivilrecht erlaubt Eltern bei der Namensgebung ihrer Kinder praktisch alles. So wie es umgekehrt Erwachsenen, die unter den verrückten Ideen ihrer Eltern leiden, ermöglicht, ohne Angabe besonderer Gründe ihre Vornamen zu ändern. Einziger Hinderungsgrund: Die obligatorische Beschäftigung eines Anwalts und die Änderung aller offiziellen Papiere ist nicht billig.

Kleine Hitlers gibt es nicht nur weit weg in Südamerika. Durch die Presse ging 2008 das Geschick des armen Adolf Hitler Campbell aus

New Jersey, USA. Vater Heath, damals 35, hatte zum dritten Geburtstag seines Söhnchens bei einem Supermarkt eine Torte mit dessen Namenszug bestellt – und geriet an einen geschichtsbewussten

### Viele Kinder leiden unter der Verrücktheit ihrer Eltern.

Confiseur, der sich standhaft weigerte, den Auftrag auszuführen. Nach Angriffen in der Lokalpresse und im Netz verteidigte sich Vater Heath: «Das Kind wird nicht aufwachsen und tun, was Hitler getan hat.» Wenn das nicht beruhigend ist.

Auch die Standesämter in Deutschland gerieten im Zuge der anfänglich grosszügigen Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Schwierigkeiten. Die Kamerunerin Georgette Mbaha verlangte 2015 in Brandenburg, dass ihr Neugeborener auf den Namen «Christ Merkel» eingetragen werde. Wenn er gross sei, solle er genauso vielen Menschen helfen wie die Kanzlerin und Jesus Christus, begründete sie ihren Entscheid. Und die ghanesische Flüchtlingsfamilie Adé liess ihre Tochter in Hannover gleich «Angela Merkel» taufen. In beiden Fällen zogen die Behörden das Namenskundliche Zentrum der Universität Leipzig zu Rate. Es spreche nichts dagegen, antwortete ihnen die Universität. Denn «Christ», «Angela» und selbst «Merkel», eine altdeutsche Koseform für Namen, die mit Mark- oder Merk- beginnen, stünden bereits in den Verzeichnissen der Standesämter.

## Lenin, Adolf & Jesus: Schweiz erlaubt fast alles

Auch in Zürich wäre es möglich, sein Kind «Lenin» zu nennen. Roland Peterhans, der Präsident des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen und Leiter des Zürcher Zivilstandsamtes, würde allerdings mit den Eltern reden, wenn er eine entsprechende Meldung aus einer Geburtsstation erhielte. Er sagt zu work: «Ich würde sie fragen, ob ihnen bewusst sei, was sie dem Kind da aufbürdeten.»

**3 LENINAS.** In Deutschland und in Österreich darf ein Kind nicht «Lenin» genannt werden. In der Schweiz dagegen gebe es gesetzlich kaum Einschränkungen der elterlichen Freiheit bei der Namensgebung, meint Peterhans. Die Interessen des Kindes dürften nicht «offensichtlich verletzt werden», besagt die nationale Zivil-

standsordnung. Zudem fordert sie, dass der «Vornamenscharakter» gewahrt und das Geschlecht des Kindes erkennbar sei. Die Umsetzung dieser Vorgaben sei aber den 140 Zivilstandsämtern überlassen und damit «alles andere als klar». So kommt nicht nur in Zürich der Name Lenin durch: Trotz

### «Ich würde mit den Eltern reden.»

ROLAND PETERHANS, LEITER ZIVILSTANDSAMT ZÜRICH

zweifelloso vernünftigen Argumenten der Ämter liessen sich 2015 laut Bundesamt für Statistik (BFS) schweizweit immerhin 24 Eltern nicht umstimmen. Und weitere drei Paare bestanden auf «Lenina». Anderes Beispiel, «Adolf». «Den würde ich nicht verweigern», sagt Peterhans. «Es wäre nicht fair,

ihn direkt mit Hitler zu verbinden.» Das fanden 2015 wohl auch die Eltern von 2499 Knaben. Oder «Jesus»? Peterhans: «Das ist ein normaler Vorname, da würde ich aber auch die Eltern anrufen und versuchen, sie umzustimmen.»

**1000 GOTTESSÖHNE.** Oft genug ohne Erfolg angesichts der vielen spanischen Migrantenfamilien, für die Jesús ein populärer Vorname ist. Schweizweit machten sich 2015 fast 1000 kleine Gottessöhne (Jesus und Jesús) auf den Weg in eine nicht übertrieben christliche Gesellschaft. Der bekannte Bieler Unia-Mann Jesus Fernandez ist also nicht allein, er hat lediglich im Sprachgebrauch der Gewerkschaft die Akzente verloren.

Insgesamt registrierte das BFS 2015 knapp 55 000 verschiedene Vornamen in der Schweiz. Die

Phantasie der Eltern sei fast grenzenlos, meint der Standesbeamte Peterhans. Immerhin, ein verbreitetes Vorurteil ist zu korrigieren: Es gab nur 12 000 Kevins und gut 9000 Chantals. (ms)

**Biberli meint: «Mein Name ist Hase.»**



Der griechische Linkspolitiker Giorgos Chondros (59) weiss:

# «Die Griechen wollen sicher keinen Grexit»

**Wieder muss Griechenland ein Sparpaket in Milliardenhöhe akzeptieren. Kommt das Land so auf die Beine? Übersteht die linke Syriza-Regierung diese Auflagen? Fragen an Syriza-Mitbegründer Giorgos Chondros\*.**

MICHAEL STÖTZEL

**work:** Ihre Regierung hat sich am letzten Wochenende mit den Geldgebern grundsätzlich über die Freigabe neuer Kredite geeinigt. Voraussetzung: Haushaltseinsparungen von über 3 Milliarden Euro. Können Sie das überhaupt schaffen?

**GIORGOS CHONDROS:** Es handelt sich nicht um neue Kredite, sondern um eine Tranche vom alten Kredit. Leider verlangen die Geldgeber jedes Mal, wenn eine Tranche ausbezahlt werden muss, neue Kürzungen, die vorher nicht vereinbart waren. Nach sehr harten Verhandlungen haben wir einerseits Einsparungen in der Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts akzeptiert, andererseits aber auch Erleichterungen der Sparauflagen im Umfang von ebenfalls zwei Prozent erreicht. Im Hinblick auf den Staatshaushalt ist das also ein neutrales Ergebnis.

**Aber damit kommt Griechenland doch nicht weiter?**

Damit das Land aus der Krise kommt, braucht es erstens einen entschiedenen Schuldenschnitt und zweitens mehr Entscheidungsfreiheit. Wenn die Regierung den Raum erhält, um ihre Politik zum Wiederaufbau des Landes umzusetzen, dann schaffen wir es.

**Und wenn Sie diesen Raum, den Sie fordern, nicht erhalten? Können Sie sich heute vorstellen, den Euro aufzugeben?**

Die Mehrheit der Griechinnen und Griechen ist nach wie vor für einen Verbleib im Euroraum. Besser gesagt, sie sind gegen einen ungeordneten Grexit, weil ihnen bewusst ist, was der bedeutet: den totalen Bankrott. Fraglich bleibt meiner Meinung nach allerdings, ob der Euro die neoliberale Sparpolitik überstehe.

**Vorerst bleibt für Sie aber die Fortsetzung der für eine linke Regierung schrecklichen Sparpolitik?**

Wir alle haben noch im Jahr 2015 geglaubt, dass allein unser Wille genügen würde, um die brutale Sparpolitik in Europa zu beenden. Doch die erforderliche politische Solidarität ist leider ausgeblieben. Da spreche ich nicht von den Menschen, die europaweit sehr solidarisch waren und es immer noch sind. Ich spreche davon, dass Griechenland weder eine politische noch eine wirtschaftliche Alternative zu ihrem Neoliberalismus ausgehen darf. Umgekehrt muss es weiterhin unser Ziel sein, dass sich alle linken Kräfte in Europa zusammen ge-



**GIORGOS CHONDROS:** «Den europäischen Geldgebern geht es darum, dass von Griechenland keine Alternative zu ihrem Neoliberalismus ausgehen darf.» FOTO: PETER MOSIMANN

gen den EU-Sparhammer wehren. Leider sehen wir aber in letzter Zeit, dass Europa eher nach rechts driftet.

**Das scheint auch in Griechenland selbst zu passieren. Umfragen sehen die alte Rechte wieder klar vor Syriza.**

Ich glaube nicht, dass die Griechen zum alten Regime zurückkehren möchten. Trotz den schlechten Werten in den Umfragen. Sonst hätten sie 2015 nicht gleich zweimal

**Griechenland braucht einen echten Schuldenschnitt. Und mehr Entscheidungsfreiheit.**

Syriza gewählt. Trotz den grossen Schwierigkeiten verstehen die Griechen, dass diese Regierung alles versucht, um das Land aus der Krise zu führen.

**Was hat sie denn bisher erreicht?**

Fast 3,5 Millionen Menschen in Griechenland haben den Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen verloren. Sei es, weil sie arbeitslos geworden waren, sei es, weil sie ihre Sozialversicherung als Selbständige nicht mehr bezahlen konnten. Seit einigen Monaten haben jetzt alle, die in Griechenland leben, wieder freien Zugang zu den Spitälern. Kostenlos und ohne Bürokratie. So etwas gibt es sonst in ganz Europa nicht.

**Und das funktioniert? Den Spitälern wurden in den letzten Jahren doch die Budgets radikal gekürzt.**

Die Kürzungspolitik traf die Bereiche von Gesundheit, Bildung und insgesamt den Sozialstaat schwer. Die Regierung tut alles, um diese Politik umzudrehen, und zum

Glück hat sich da auch schon einiges gebessert. Zum Beispiel wurden 2000 neue Stellen besetzt. Unter der Radarlinie der Euro-Kontrolleure. Denn diese haben Griechenland ja verboten, neues Personal anzustellen.

**Wie sieht es mit den Staatseinnahmen aus? Die damalige französische Finanzministerin übergab Griechenland einmal eine lange Liste mit den Namen von steuerflüchtigen reichen Griechen. Haben sie inzwischen ihre Schulden bezahlt?**

Bei unserer Regierungsübernahme waren weniger als zwanzig Fälle aus der Liste bearbeitet. Heute sind es schon mehrere Hundert, und der Staat hat mehrere Hundert Millionen an Steuergeldern kassiert. Mit diesen Geldern finanzierte die Regierung eine zusätzliche Rente, die sie Ende letzten Jahres auszahlte. Die Geldgeber konnten das nicht verhindern, weil die bisherigen Vereinbarungen mit ihnen besagen, dass wir ab einem bestimmten Prozentsatz über unsere Überschüsse selber verfügen dürfen.

**Und was ist mit all den Flüchtlingen in Griechenland?**

Immerhin gab es hier keine Angriffe auf Flüchtlinge wie anderenorts. Wir tun alles, was in unseren Möglichkeiten liegt. Aber zufrieden mit den Lebensbedingungen der Flüchtlinge können wir dennoch nicht sein. Wir müssen dringend über die Dimensionen reden: Lesbos, eine Insel mit 85 000 Einwohnern, hat in einem Jahr 585 000 Flüchtlinge empfangen. Sieben Mal die eigene Population. Stellen Sie sich das in der Schweiz vor!



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE VERBRECHEN DES VIKTOR ORBÁN

Im grünen Glas-und-Beton-Bau an der Avenue de France in Genf herrscht Verzweiflung. Filippo Grandi, der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge, und seine über 10 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich weltweit um den Schutz und das Überleben von mehr als

**Wir werden zu Komplizen von Verbrechen gegen die Menschheit.**

60 Millionen Flüchtlingen kümmern, sind seit einigen Wochen mit einer Tragödie konfrontiert, wie sie schlim-

mer kaum sein könnte: Mehrere der zehn in die EU integrierten Staaten Ost- und Zentraleuropas weigern sich, das in der Uno-Flüchtlingskonvention von 1951 festgeschriebene universelle Menschenrecht auf Asyl für gepeinigte, in ihrer physischen Integrität bedrohte Menschen weiterhin anzuerkennen.

**BRUTALITÄT.** Beispiel Ungarn. Ministerpräsident Viktor Orbán hat soeben im Parlament ein Gesetz durchgebracht, nach dem Asylsuchende auf ungarischem Territorium auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis gesteckt werden können. Auch Kinder sollen in den Kerker kommen.

Wer in normalen Gefängnissen keinen Platz findet, wird in Konzentrationslager gebracht, umzäunt mit rasierklingscharfem Stacheldraht. Die «New York Times» (17.3.17) schreibt: «Diese Menschen werden mit unglaublicher Grausamkeit (incredible cruelty) behandelt.» Sie würden geschlagen, Schlafentzug und gezielte Unterernährung seien an der Tagesordnung. Ein weiteres ungarisches Gesetz schafft eine neue bewaffnete Bürgermiliz, die sogenannten Grenzjäger. Sie machen an der Südgrenze zu Serbien Jagd auf verzweifelte syrische, irakische oder afghanische Familien.

Viktor Orbán ist – wie seine Kollegen in Prag, Warschau, Bratislava und Bukarest – eine üble, rechtsradikale Figur. Die wehrlosen Flüchtlinge bezeichnet er als «trojanische Pferde des Terrorismus». Als ob halbverhungerte, traumatisierte Menschen eine Gefahr für den ungarischen Staat wären.

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen, die allein im letzten Jahr nach eigenen Angaben 106 «durch vorsätzliche Gewalt» verletzte Flüchtlinge pflegte, redet von «ritualisierter Brutalität» dieser Grenzjäger. Der Uno-Menschenrechtsrat hat Orbáns Verbrechen verurteilt. Dessen Antwort: «Ein charmanter Menschenrechtsunsinn.»

**SOLIDARITÄT.** Ungarn und die anderen ehemaligen Oststaaten leben weitgehend vom westeuropäischen Steuerzahler. Allein im letzten Jahr kassierte Budapest 6,5 Milliarden Euro an «Solidaritätszahlungen». Die «New York Times» fragt: «Wann endlich haben die Europäer den Mut, konkrete Massnahmen gegen Orbáns verbrecherisches Treiben zu ergreifen?»

Die Frage richtet sich auch an den Schweizer Bundesrat. Denn an den horrenden Solidaritätszahlungen, den sogenannten Kohäsionsbeiträgen, ist auch die Schweiz – genauer: sind die Steuerzahlenden – beteiligt. Stellen wir diese Zahlungen nicht sofort ein, werden wir Schweizerinnen und Schweizer, wie die anderen Europäer auch, zu Komplizen von Verbrechen gegen die Menschheit.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

\* Der 59-jährige Giorgos Chondros ist Ethnologe und Umweltpolitiker. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der griechischen Regierungspartei Syriza und ist heute Mitglied des Zentralkomitees. Von ihm erschien 2015 **Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas: Der Propagandakrieg gegen Syriza** (Westendverlag, Frankfurt, 240 Seiten, Fr. 26.90).







# Energieeffizienz: Wann saniert Albert Rösti sein Bauernhaus?

Die Energiestrategie, über die wir am 21. Mai abstimmen, fördert die effiziente Nutzung von Energie. SVP-Präsident Albert Rösti hat darauf «kä Luscht».

Viele work-Leserinnen und -Leser arbeiten in Fabriken oder auf dem Bau. Sie stellen immer neue Produkte her und installieren diese. Ab und zu reiben sie sich die Augen, weil sich alles verdammt schnell verändert. Vieles auch zum Guten, etwa wenn's um den Energieverbrauch geht.

**Beispiel I Tumbler:** Die Stewi-Libelle war ein Stück Schweiz. Inzwischen haben die Tumbler das Feld von hinten aufgerollt. Tumbler der letzten Generation brauchen 1 Kilowattstunde Strom, um ein Kilo Wäsche zu trocknen. Die neuesten Geräte mit kleinen, eingebauten Wärmepumpen nur mehr 200 Wattstunden. Also 5 Mal weniger.

**Beispiel II Neonröhren:** Eine 1,5 Meter lange Neonröhre mit einem Vorschaltgerät braucht pro Stunde rund 80 Wattstunden. Neue LED-Röhren nur 22 Wattstunden. Also 4 Mal weniger.

**Beispiel III Heizungspumpen:** Pumpen sind in der Haustechnik das halbe Leben. Nirgends ist der Fortschritt grösser als hier. Neue Heizungspumpen stellen sich selber ein. Sie pumpen nur so viel Warmwasser zu den Radiatoren, wie diese brauchen. Dies dank Frequenz-Umrichtern, die die Motoren immer im optimalen Bereich drehen lassen. Wer seine zehn und mehr Jahre alten Pumpen ersetzt, braucht 6 bis 7 Mal weniger Energie.

Neue Technologien sind am Anfang teuer. Und sie werden im Verlauf der Zeit immer billiger. Je mehr Solarzellen produziert werden, umso billiger wird die einzelne Zelle. Dank dem technischen Fortschritt und dank den Vorteilen der Massenproduktion.

Damit eine Entwicklung angeschoben wird, gibt es zwei Möglichkeiten: Neue Standards zwingen die Hersteller, nur mehr umweltfreundliche Produkte zu produzieren. Oder aber man macht diese mittels Subventionen so attraktiv, dass die Beweglicheren am Markt die umweltfreundlichen Produkte zu kaufen beginnen.

**IM FREIEN FALL.** Die Politik muss den richtigen Mix zwischen Fördern und Fordern finden. In der Regel wird zuerst etwas gefördert, um dann in der zweiten Phase mittels neuer Standards die Industrie zu fordern.

Für uns als Konsumentinnen und Konsumenten ist nichts angenehmer, als wenn der Staat mit klaren Normen umweltfreundliche Produkte durchsetzt. Weil das ewige Studieren von Konsumenten-Heftli und Test-Websites nicht zu den Lieblingssportarten der Schweizerinnen und Schweizer gehört.

Die Preise sind bei unseren drei Beispielen im freien Fall: Microspot zum Beispiel bietet Samsung-Wäschetrockner der Energieklasse A++ bereits für weniger als 600 Franken an. Bei **beleuchtungdirekt.ch** kann man 1,5 Meter lange LED-Leuchten von Philips mit mehr als 2000 Lumen für weniger als 20 Franken



HAUSBESUCH: SVP-Präsident Albert Rösti mit seiner Frau Theres vor seinem Haus in Uetendorf BE. FOTO: IRIS ANDERMATT

kaufen. Und die besten Preise für Pumpen erhält man im Internet beim Pumpendiscounter.

Alle diese Investitionen rechnen sich: Eine Neonröhre muss nach 5000 Betriebsstunden ausgewechselt werden. Neue Neonröhren sind nicht gratis. Und die Arbeitszeit fürs Wechseln will auch berücksichtigt sein. LED-Röhren leben 6 Mal länger. Und sind somit schon in der Anschaffung günstiger. Sie sparen während der 30000 Stunden Lebensdauer 1800 Kilowattstunden Strom. Macht bei einem Preis von 20 Rappen pro Kilowattstunde 360 Franken haben oder nicht haben.

SVP-Präsident Albert Rösti und SVP-Nationalrat Toni Brunner wollen nicht sparen, sondern Öl importieren und neue Atomkraftwerke bauen. Deshalb sagen sie auch Nein zum revidierten Energiegesetz, über das wir am 21. Mai abstimmen. Dieses fördert die effiziente Nutzung der Energie und verbietet den Bau neuer Atomkraftwerke. Keine Revolution, aber ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Die jungen Grünen müssten mal deren Häuser in Uetendorf BE und im Toggenburg SG einem Energiecheck unterziehen. Um aufzuzeigen, was für einen Unfug die beiden erzählen.

**LINKS ZUM THEMA:**

• [www.topten.ch](http://www.topten.ch)  
Die Website zeigt auf, welche Geräte wie umweltfreundlich sind. Und wo frau und man welche Subventionen abholen können.

• [goo.gl/hPLKsg](http://goo.gl/hPLKsg)  
Schmierer und salben: Die Ems-Chemie von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher hat 2012 und 2013 in Bern Subventionen von 220000 Franken abgeholt, um Frequenz-Umrichter für Pumpen und LED-Röhren zu installieren. Inzwischen lohnt sich das nicht mehr, weil LED-Röhren und Frequenz-Umrichter massiv billiger wurden.

• [goo.gl/Sm23Bm](http://goo.gl/Sm23Bm)  
Darüber stimmen wir am 21. Mai ab.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

Lesen Sie am 18. April in **junge Welt unser Spezial** »Wie arm ist die Schweiz?«

Jetzt am Kiosk!

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)



Eine Datenbank voller Frauenleben

# Kennen Sie Frau Einstein?

**Für nichts wird so viel Reklame gemacht wie für Männer: auf Banknoten, Strassenschildern, in Lexika und Zitatensammlungen. Frauen kommen schlecht weg. Das hat die Online-Datenbank «FemBio» radikal geändert.**

MARIE-JOSÉE KUHN

Sie bietet Infos über mehr als 30 000 Frauen, und täglich kommen neue dazu: die Frauendatenbank von Luise F. Pusch. In der Schweiz wurde die deutsche Sprachwissenschaftlerin und Mitbegründerin der feministischen Linguistik spätestens 1987 bekannt. Damals, als Frauen in der Sprache ausschliesslich mitgemeint waren, kämpfte Pusch eine ganze Ausgabe der linken Wochenzeitung WOZ auf Frauensprache. Um Frauen sichtbar zu machen und den Männern zu zeigen, wie es ist, nicht gemeint, sondern nur mitgemeint zu sein. Pusch führte das «steil aufragende I» (TeilnehmerInnen), wie sie das Binnen-I nannte, in die Schweizer Medienwelt ein. Und sie tat das, wie alles was sie tut und schreibt, mit Witz und Kalauer. Ganz zum Gaudi der WOZ-Redaktorinnen, zu denen damals auch die Schreiberin selbst gehörte.

Aus Autor Fredi Lerch machte Pusch kurz entschlossen Frieda Lerche und aus Wolf Biermann Zicke Milchkuh. Hart in der Sache, aber locker im Ton, das ist Pusch, wie sie auch in ihren zahlreichen Glossen



**LUISE F. PUSCH:** Hart in der Sache, locker im Ton. FOTO: WIKIPEDIA

phieforschung, die zum Teil online und gratis abrufbar ist. Nach Namen, Geburtstagen, Tätigkeiten, Nationalitäten usw. Auf deutsch und englisch.



**ALLES & VIEL MEHR:** Frauen sind zu allem fähig – Forscherin Mileva Einstein (links oben), Politikerin Angela Merkel (links unten) und Musikerin Amy Winehouse sind drei von 30 000 auf «FemBio» porträtierten Frauen.



FOTOS: NEVSTON/EP

## ALLES IST RELATIV

Zum Beispiel Mileva Einstein-Marić: «Studentin am Polytechnikum Zürich, zweite Frau, die an der Abteilung VI A: Mathematik und Physik ein volles Studium absolvierte. Heiratet Albert Einstein. Bringt drei seiner Kinder zur Welt, überlebt dreimal das Kindbett, wird von ihm betrogen, verlassen, mit den Kindern kurz vor dem Ersten Weltkrieg nach Zürich abgeschoben, geschieden. Zieht seine zwei Söhne auf. Pflegt den schizophränen Sohn. Stirbt.» So weit die «FemBio»-Kurzbiographie. Ein bemerkenswertes Frauenschicksal ganz im Schatten des berühmten Mannes.

Dabei war Marić Einsteins wichtigste Gesprächspartnerin, auch fachlich. Das dankt er ihr 1901 in einem Brief: «Wie glücklich und stolz werde ich sein, wenn wir beide zusammen

unsere Arbeit über die Relativbewegung siegreich zu Ende geführt haben! Wenn ich so andere Leute sehe, dann kommt mir's so recht, was an dir ist!» Frau Einstein war Miterfinderin der Relativitätstheorie. Hätten Sie's gewusst? Im Gegensatz zu anderen Nachschlagewerken schaut «Fem-

## Puschs Datenbank leistet herausragende Pionierarbeit.

Bio» auf die Frau und leistet deshalb herausragende Pionierarbeit. Sie ist so etwas wie das Gedächtnis der Frauen.

## ALLES IST WICHTIG

Wer stöbert, wird belohnt, mit Rosen, Dornen und Rosinen in unterschiedlichsten weiblichen Lebensentwürfen: Schriftstellerinnen wie Ingeborg Bachmann, Schauspielerinnen wie Sophia Loren, Politikerinnen wie Angela Merkel, Chemikerinnen wie Marie Curie, Nobelpreisträgerinnen wie Selma

Lagerlöf und Sängerinnen wie Amy Winehouse. Aufbereitet von mehr als hundert kompetenten Autorinnen und einigen wenigen Autoren. Die meisten von ihnen Wissenschaftlerinnen und auf ihr Thema spezialisiert.

Und plötzlich stösst frau via das Suchkriterium «Aussehen» noch auf das Unwichtigste der Welt. Lernt aber fürs Leben, dass wahre Grösse nichts mit Körpergrösse zu tun hat. Madonna ist 1.58 gross, und Queen Victoria mass ungefähr 1.50. Nur eine Biographie suchen wir auf «FemBio» vergeblich. Es ist jene ihrer Urheberin Luise Pusch. «Das ist, weil Eigenlob stinkt. Und Bescheidenheit eine Zier ist. Und so weiter», sagt die Feministin auf Anfrage. Laut & Luise wie immer. Ebenso heisst denn auch ihr scharfzüngiger Blog.

Luise Puschs Online-Datenbank:

[www.fembio.org](http://www.fembio.org)

Luise Puschs Blog «Laut &amp; Luise»:

[www.fembio.org/biographie.php/frau/blog](http://www.fembio.org/biographie.php/frau/blog)Luise Pusch auf Facebook: [Luise F. Pusch](#)

## workxl der wirtschaft

David Gallusser



## MEHR ERWERBSTÄTIGE FRAUEN = WENIGER UNGLEICHHEIT

Frauen gehen heute häufiger und länger einer Erwerbsarbeit nach als noch vor 20 Jahren. Diese Mehrarbeit der Frauen hat die Einkommen zahlreicher alleinstehender Frauen und Paarhaushalte erhöht. Eine Studie der Universität Neuenburg zeigt nun, dass die höhere Frauenerwerbstätigkeit auch der Ungleichheit entgegenwirkt. Verantwortlich dafür sind zunächst die grösseren Teilzeitpensen vieler Frauen sowie die Tatsache, dass Frauen ohne Einkommen heute seltener sind. Dadurch haben sich die Einkommensunterschiede zu den vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern verringert.

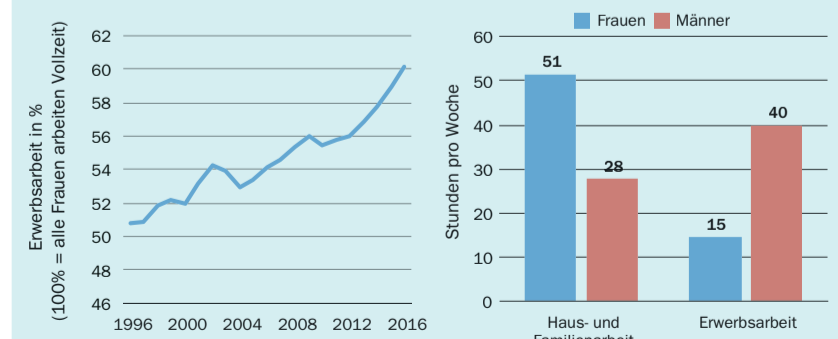
**LOHNSCHERE.** Ausgleichend wirkte auch, dass Frauen von Männern mit tiefen Einkommen mehr arbeiten als Frauen von Männern mit hohen Einkommen. Die zusätzliche Erwerbsarbeit der Frauen hat deshalb die Abstände zwischen den Haushalten mit tiefen und hohen Einkommen abgeschwächt. Mehr noch: Sie hat

verhindert, dass sich die wachsende Lohnschere der letzten zwei Jahrzehnte ganz in einer höheren Ungleichheit der Familieneinkommen niedergeschlagen hat. Hätten nämlich die Frauen mit tiefen und mittleren Haushaltseinkommen nicht zusätzliche Stunden gearbeitet, wären ihre Haushalte wegen des Lohnendrucks bei den Normalverdienern stärker abgehängt worden.

**DISKRIMINIERUNG BLEIBT.** Obwohl Frauen heute häufiger einer Erwerbsarbeit nachgehen, sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nach wie vor gross. Männer arbeiten immer noch längere Stunden gegen Geld und leisten weniger unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit. Rund ein Fünftel aller Paare mit Kindern organisieren sich auch heute noch im klassischen «Ernährermodell»: Er arbeitet Vollzeit, sie widmet sich Kindern und Haushalt. Diese ungleiche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit wirkt wieder-

## Trotz steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen: Arbeit bleibt ungleich verteilt

Erwerbsquote der Frauen (links), Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit bei Paaren mit Kindern, 2013 (rechts)



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK, SAKE

um auf die Einkommensverteilung zurück. Weil Frauen stärker an den Haushalt gebunden sind, müssen sie bei der Wahl der Stelle mehr Kompromisse eingehen. Das nützen Arbeitgeber aus und drücken die Frauen-

löhne weiter als die Männerlöhne. Diese Diskriminierung schadet nicht nur den Frauen. Letztlich fehlt das Geld auch in der Familienkasse.

David Gallusser ist Unia-Mitglied und Ökonom.

Oxfam-Studie

## Am liebsten null Steuern

Banken bunkern massenhaft Geld in Steueroasen. Auf Hunderte Millionen Franken zahlen sie keinen einzigen Rappen Steuern. Das Zaubermittel heisst Gewinnverschiebung. Nämlich dorthin, wo der Fiskus wegschaut. Zum Beispiel nach Luxemburg, Irland oder auf die Cayman Islands. Das Hilfswerk Oxfam legt dazu neue Berechnungen vor. Mit haarsträubenden Ergebnissen. So will die französische Bank BNP Paribas auf den Caymans 143 Millionen Franken steuerfreien Gewinn erwirtschaftet haben – ohne einen einzigen Beschäftigten vor Ort. Dass das nicht geht, liegt auf der Hand. Oxfam fordert einen weltweiten Mindeststeuersatz für Konzerne.

**Bankenbericht: Opening the vaults – the use of tax havens by Europe's biggest banks.** Studie und alle Daten online auf [goo.gl/ILPoCG](http://goo.gl/ILPoCG).

Klaus Rózsa

## Ein Rebell im Filmportrait

Der Fotograf Klaus Rózsa war in den 1980er Jahren der Chronist der Zürcher Jugendunruhen. Mit



**VATER UND SOHN:** Egon und Klaus Rózsa.

der Kamera dokumentierte er viele Polizeiübergriffe. Und wurde selbst zum Opfer von Schikanen, Verhaftungen und Willkür. Die Behörden lehnten seine Einbürgerung ab. Aus politischen Gründen, weil er ein Linker war und zeitlebens geblieben ist. Rózsas Lebensgeschichte erzählt der Zürcher Filmer Erich Schmid («Meier 19», «Max Bill, das absolute Augenmass») in seinem neuen Werk. Auch weil Rózsa ein Flüchtling aus Ungarn ist und sein jüdischer Vater Auschwitz überlebte, ergibt sich ein spannendes Portrait, das weit übers Biographische hinaus in die Zeitgeschichte ausgreift.

**Staatenlos – Klaus Rózsa, Fotograf,** 96 min. Läuft derzeit im Kino in verschiedenen Städten.

Zeislers Streitschrift

## Hollywood-Feminismus

Es ist nicht das, wofür wir gekämpft haben: Die US-Feministin Andi Zeisler (44), Herausgeberin des Magazins «Bitch», wehrt sich gegen den substanzlosen Mode-Feminismus von Popstars wie Beyoncé, Taylor Swift oder Madonna. Zeisler sieht die politischen Frauenanliegen von einer alles umfassenden Marketingindustrie vereinnahmt, während der Sexismus in der realen Welt wieder aufblüht. Siehe Trumps Ausfälligkeiten. Zeisler illustriert ihre Kritik mit zahlreichen Beispielen aus der aktuellen Popkultur. Oft witzig, immer bissig, aber nie verbittert.

Andi Zeisler: **Wir waren doch mal Feministinnen. Vom Riot Grrrl zum Cowgirl – der Ausverkauf einer politischen Bewegung.** 304 Seiten, Rotpunktverlag Zürich, 2017. Fr. 27.–.



**Das offene Ohr**

**Mirjam Brunner**  
vom Service Arbeitszeit  
beantwortet Fragen zu  
Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung.

## Immer auf Pikett: Muss das sein?

Als Techniker bei einer grossen Firma bin ich jede zweite Woche während sechs Tagen auf Pikett. Während des Pikettdienstes kann ich zu Hause sein und dort mehr oder weniger machen, was ich will. Jedoch kann ich nicht ganz abschalten und mich nicht richtig entspannen, weil ich nie weiss, ob und wann das Telefon klingelt. Ich möchte gerne mehr echte Freizeit, ohne Pikett. Kann ich dies verlangen?

**MIRJAM BRUNNER:** Ja, das können Sie. Da Sie Pikettdienst zusätzlich zur normalen Arbeitszeit leisten, muss er zeitlich beschränkt sein. Die Grundregel ist folgende: Im Zeitraum von vier Wochen müssen Sie höchstens an sieben Tagen Pikettdienst leisten. Anschliessend an



**ALLZEIT BEREIT: Gilt nur für Pfadfinder.**

FOTO: COLOURBOX

den letzten Pikettdienst ein Job im Gastgewerbe, im Detailhandel oder in der Reinigung. Weil ihnen aber eine formelle Qualifikation fehlt, haben sie kaum Chancen auf einen beruflichen Aufstieg, ein Stellenwechsel ist problematisch.

ins Privatleben ein. Sie müssen rasch verfügbar sein, ausserdem oft ständig erreichbar, dazu müssen Sie immer arbeiten und fahren können. Deshalb gibt es gesetzliche Regelungen zum Schutz der Angestellten.

Ausnahmsweise und nur unter bestimmten Bedingungen ist es möglich, dass ein Angestellter innerhalb von vier Wochen an höchstens 14 Tagen auf Pikett ist. Diese Ausnahme können aber nur Betriebe in Anspruch nehmen, die nicht genügend Angestellte haben, um die Grundregel einzuhalten. Diese Regeln sind entscheidend, denn ganz abschalten zu können ist für die Erholung und damit vor allem auch für die psychische Gesundheit sehr wichtig. Es ist nämlich erwiesen, dass Angestellte, die ständig erreichbar sein müssen, häufiger unter stressbedingten Krankheiten wie Burnout leiden. Weil sich das Leben mit Pikettdienst schlechter planen lässt, gefährdet dieser auch die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie.

## Pausen sind nicht bezahlt: Ist das ok?

Ich arbeite bei einer Versicherung und muss jeweils am Vormittag und am Nachmittag je 15 Minuten Pause machen. Diese Zeit zählt in meinem Betrieb nicht als Arbeitszeit und wird nicht bezahlt. Habe ich keinen Anspruch auf bezahlte Pausen?

**MIRJAM BRUNNER:** Leider nein. Das Arbeitsgesetz regelt zwar die Dauer der Pausen, jedoch nicht die Bezahlung. Es ist somit Ihrem Arbeitgeber überlassen, ob er die Pausen bezahlt oder nicht. Anders verhält es sich, wenn Sie nicht frei über Ihre Pausenzeit verfügen können, zum Beispiel weil Sie Ihren Arbeitsplatz nicht verlassen dürfen oder weiterhin telefonisch erreichbar sein müssen. Eine solche Pause dient zwar der Verpflegung und der Erholung von der tatsächlichen Arbeitsleistung, bietet jedoch weniger Entspannung. In diesem Fall zählt die Pause als Arbeitszeit. Das Arbeitsgesetz schreibt Pausen vor, aus Überlegungen des Gesundheitsschutzes. Sie sind wichtig, um Überbeanspruchungen und die daraus entstehende Gefahr von Arbeitsunfällen zu vermeiden. Die Mindstdauer der Pausen berechnet sich nach der Länge der Arbeitszeit: Ab fünf und einhalb Stunden Arbeit ist eine Viertelstunde Pause obligatorisch, ab sieben Stunden eine halbe Stunde Pause, und ab neun Stunden Arbeit müssen Sie mindestens eine Stunde Pause machen können.

**12 workservice** 13. April 2017

# Unia und die Stiftung Ecap sorgen mit «Progredir» für Chancengleichheit Mehr Gleichstellung dank

Ohne ein Berufsdiplom sind die Chancen zum beruflichen Aufstieg schlechter. Das ist vor allem für Migrantinnen ein Problem. Abhilfe schafft der Lehrgang «Progredir».

SINA BÜHLER

Im Kanton Waadt war das Projekt 2009 eine Pionierleistung: «Progredir», ein Kurs, den die Unia zusammen mit dem Bildungsinstitut Ecap (siehe Spalte) entwickelt hat. «Progredir» ist portugiesisch und bedeutet «weiterkommen». Die Idee: Unterstützung für portugiesisch sprechende Frauen, die noch kein Schweizer Berufsdiplom haben. Zwar finden viele von ihnen einen Job im Gastgewerbe, im Detailhandel oder in der Reinigung. Weil ihnen aber eine formelle Qualifikation fehlt, haben sie kaum Chancen auf einen beruflichen Aufstieg, ein Stellenwechsel ist problematisch.

Joëlle Racine, Berufsbildungsbeauftragte der Unia, erklärt, dass es für Migrantinnen in prekären Branchen besonders schwierig sei,

## Ein Abschluss bietet in der Arbeitswelt gewisse Sicherheit.

eine Berufsausbildung nachzuholen: «Oft kennen sie das Bildungsangebot gar nicht. Ausserdem ist es auch für sie schwierig, ihr Berufs- und Familienleben vereinbaren zu können. Und dann fehlen manchmal auch noch die Sprachkenntnisse.»

Das alles ergibt gleich eine doppelte Benachteiligung. Denn erst mit dem Abschluss der Grundbildung steht der Weg in die Weiterbildung offen. Giuliana Tedesco, die stellvertretende Geschäftsleiterin der Stiftung Ecap: «Viele Arbeitgeber fördern eher die Weiterbildung von bereits ausgebildeten Mitarbeitenden.» Das Resultat: Es werden meistens die bereits besser ausgebildeten Männer gefördert. Das ist Gift für die Chancengleichheit und die Gleichstellung bei den Löhnen.

## BREITE UNTERSTÜTZUNG

Wer einen anerkannten Berufsabschluss hat, gewinnt eine gewisse Sicherheit in der Arbeitswelt. Stel-

lensuchende können damit ihre Kenntnisse und ihre Erfahrung belegen, und Arbeitgeber können sich darauf verlassen, dass sie Fachpersonal anstellen. Und mit der Ausbildung und einem anerkannten Abschluss steigen schliesslich auch die Löhne.

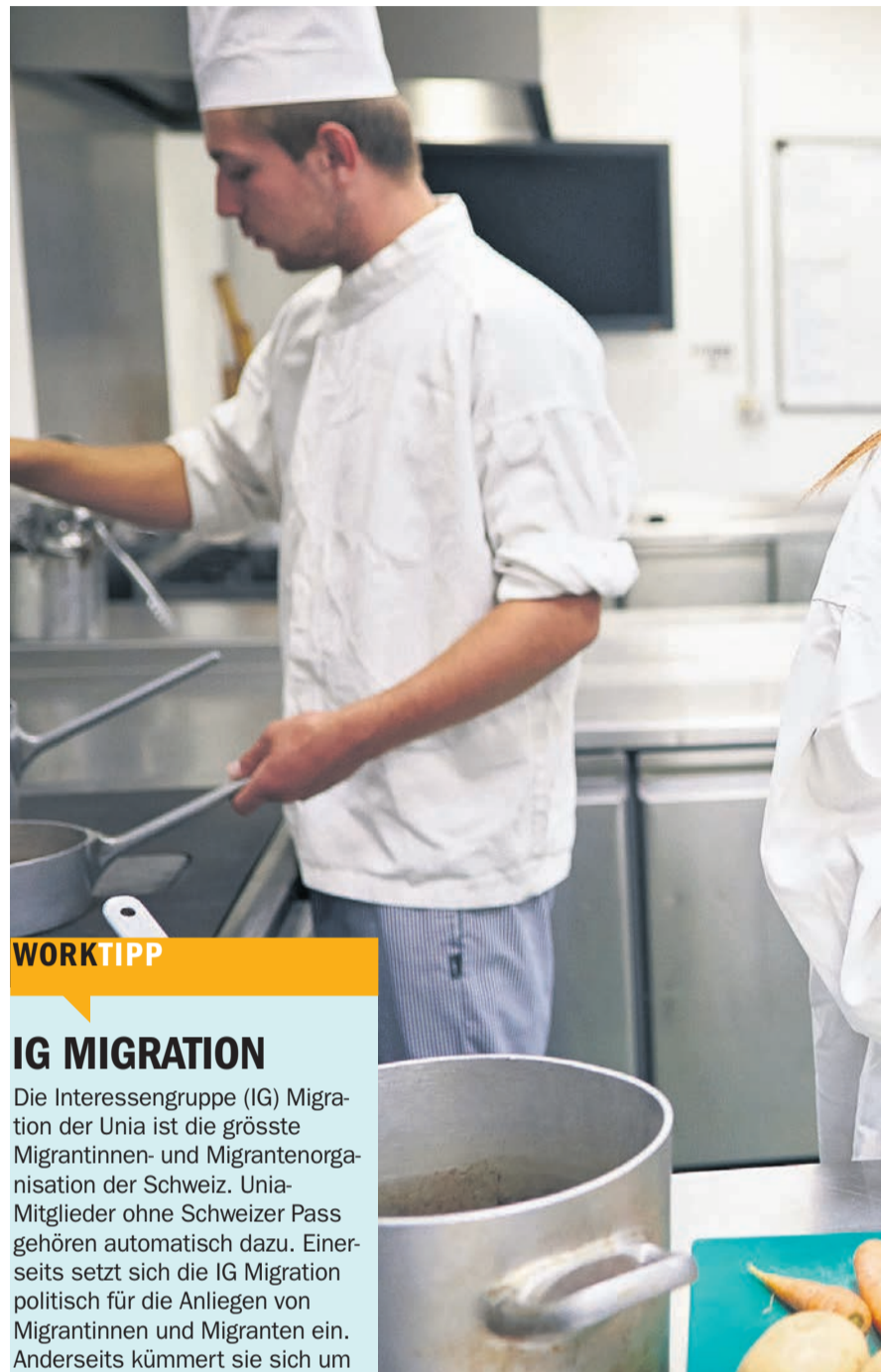
Entsprechend sieht das Schweizer Berufsbildungsgesetz vor, dass Berufsleute mit mehr als fünf Jahren Berufserfahrung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis zugelassen werden können, wenn sie ein entsprechendes Qualifikationsverfahren mit einer Prüfung bestehen.

Der Unterricht bei «Progredir» bereitet die Frauen darauf vor. Inzwischen haben bereits 28 «Progredir»-Absolventinnen ein Berufsattest oder einen Fachausweis in der Tasche. Und diesen Sommer schliesst das nächste Dutzend Teilnehmerinnen den Kurs ab.

Wie wichtig die Weiterbildung von Migrantinnen ist, zeigt auch die breite Unterstützung für das Projekt in der Waadt: Es wurde vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung, dem Bundesamt für Berufsbildung und den paritätischen Kommissionen mitfinanziert. Heute ist noch die Stiftung Unia zusammen mit den paritätischen Kommissionen beteiligt.

## NEU AUCH IM KANTON BERN

Das Bedürfnis nach Grund- und Weiterbildung haben allerdings nicht nur Portugiesinnen im Kanton Waadt, sondern Migrantinnen und Migranten in der ganzen Schweiz. Deswegen haben Ecap und die Unia beschlossen, das Projekt «Progredir» auszuweiten, als erstes im Kanton Bern. Die Teilnahme wird Frauen und Männern aus allen Sprachgruppen offenstehen, die in der Gastronomie arbeiten. Die Voraussetzungen: kein Berufsabschluss, mindestens fünf Jahre Berufserfahrung. Möglich ist die Teilnahme auch für Migrantinnen und Migranten, die ein Diplom haben, das in der Schweiz nicht anerkannt wird.



## WORKTIPP

### IG MIGRATION

Die Interessengruppe (IG) Migration der Unia ist die grösste Migrantinnen- und Migrantenorganisation der Schweiz. Unia-Mitglieder ohne Schweizer Pass gehören automatisch dazu. Einerseits setzt sich die IG Migration politisch für die Anliegen von Migrantinnen und Migranten ein. Andererseits kümmert sie sich um Chancengleichheit in der Arbeitswelt. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Weiterbildung. Informationen finden Sie unter [www.unia.ch/migration](http://www.unia.ch/migration).

**BELEGEN:** «Progredir» verhilft Migrantinnen und

nauso Platz finden wie Arbeitsrecht, Gesundheits- und Gleichstellungsthemen.

## INDIVIDUELLES COACHING

Falls Sie sich für diese Ausbildung interessieren, können Sie dank dem modularen Aufbau auch nur die zwingend benötigten Kurse besuchen. Und umgekehrt können Sie, wenn Sie bereits ausreichende Kenntnisse in einem einzelnen Fach nachweisen, auf das entsprechende Modul verzichten.

Die geplante Ausbildung soll insgesamt zwei Jahre dauern und besteht aus einzelnen Modulen, die von der beruflichen Kommunikation über Allgemeinbildung bis hin zur beruflichen Standortbestimmung und zum Fachunterricht reichen. Arbeitstechniken, Lernstrategien, Kommunikation und Umgangsformen sollen ge-



**ANREISE DER HOFFUNG:** Wer eine Stelle sucht, muss oft auf eigene Kosten grosse Wege zum Bewerbungsgespräch zurücklegen. FOTO: KEYSTONE

# Fürs Bewerbungsgespräch durch Und wer zahlt für

Bewerbungen brauchen nicht nur viel Zeit, sondern auch Geld. Meist müssen Sie die Kosten selber tragen.

SINA BÜHLER

Eine Stellensuche kann so aufwendig sein wie ein Job, weiss Letizia Bosshard. Sie ist arbeitslos und seit mehreren Monaten auf der Suche nach einer Festanstellung. Immer wieder drückt sie ihren Lebenslauf aus und passt ihr Motivations schreiben an die Ausschreibung an. Mindestens einmal in der Woche läuft sie zur Post, um ihre Bewerbungen zu verschicken. Und immer mal wieder wird sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Weil sie sich auch in drei Nachbarkantonen auf Stellen bewor-

ben hat, muss sie manchmal für ein einziges Gespräch mehr als einen halben Tag Zeit aufwenden.

**SPESEN.** Das kann auch ins Geld gehen: Je weiter Sie für ein Bewerbungsgespräch fahren müssen, desto teuer wird es für Sie. Denn das Geld für die Anreise müssen Sie meist selber berappen. Das hindert Sie aber nicht daran, mit der Personal-

## Das RAV übernimmt keine Spesen für Arbeitslose.

abteilung eine Abmachung zu treffen. Sind die Kosten wirklich hoch, können Sie eine allfällige Spesenerstattung ansprechen. Allerdings sollten Sie

in der Berufswelt

# Weiterbildung



Migranten zu anerkannten Berufsabschlüssen, neu auch in der Gastronomie. FOTO: FOTOLIA

Was für Sie persönlich möglich ist, wird in einer Standortbestimmung überprüft. Giuliana

## Das Ziel: Erfahrung in einen anerkannten Abschluss umwandeln.

Tedesco von Ecap: «Die Teilnehmenden wissen danach, wie sie ihre praktischen Kompetenzen in einen anerkannten Abschluss umwandeln können.» In einem indivi-

duellen Coaching bekommen alle Teilnehmenden einen auf sie zugeschnittenen Ausbildungsplan, der während der ganzen Ausbildung immer wieder überprüft und angepasst wird. Am Schluss des Lehrganges sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so weit, dass sie die Voraussetzungen für das Qualifikationsverfahren zum Lehrabschluss erfüllen. Zurzeit ist der neue Lehrgang in Planung. Sobald die Startdaten bekannt sind, wird die Unia darüber informieren.

## FÜR MIGRANTINNEN: STIFTUNG ECAP

Ecap ist ein gemeinnütziges Erwachsenenbildungsinstitut mit Sitz in Zürich und neun Regionalstellen, verteilt über die ganze Schweiz. Mit ihren Kursangeboten in Sprache, Berufs- und Grundbildung sowie Integration ermöglicht die interkulturelle Organisation die Bildung von Migrantinnen und Migranten sowie generell von Arbeitnehmenden mit geringer formeller Ausbildung. Mit jährlich über 40 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Bildungsaktivitäten zählt Ecap zu den grössten Erwachsenenbildungsinstituten der Schweiz.

**HEIMATLICH.** Das Institut bietet ausserdem ein breites Bildungsangebot für Stellensuchende, zum Teil in Zusammenarbeit mit den kantonalen Arbeitsämtern. In Basel und Zürich finden sich auch spezielle Angebote für italienischsprachige Kinder und Jugendliche. Diese können bei Ecap Kurse in «heimatlicher Sprache und Kultur» belegen oder sogar die zweisprachige Sekundarschule in Zürich besuchen. Ecap hat am 1. Juli 2016 einen Gesamtarbeitsvertrag mit den Gewerkschaften Unia und VPOD unterzeichnet. So hilft es mit, Dumpinglöhne im Bildungsbereich zu verhindern. (sib)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ÄTZEND: Aus dem Nichts taucht eine neue Symbolleiste auf – die Folge eines Zusatzprogramms, das ungewollt mit dem eigentlich gewünschten Programm installiert wurde. FOTO: ZVG

## Nervige Zusatzprogramme: So werden Sie sie los!

Wer ein Computerprogramm herunterlädt und nicht aufpasst, installiert oft lästige Zusatzprogramme. Auf einmal öffnen sich Fenster, die versprechen, Windows schneller zu machen. Oder das Aussehen des Internetbrowsers ändert sich: Es erscheint eine fremde Startseite, oder neue Symbolleisten tauchen auf (sogenannte Toolbars). Sie haben nur den Zweck, die Nutzerinnen und Nutzer auf fremde Seiten zu locken.

### Auf einmal erscheint im Browser eine fremde Startseite.

**AUFRÄUMEN.** So werden Sie solche Software wieder los:

- Achten Sie beim Installieren von Programmen darauf, ob weitere Software automatisch mitinstalliert wird. Wenn ja: Entfernen Sie entsprechende Häkchen.
- Das Gratisprogramm «Unchecky» hilft: Es stoppt das Installieren von Zusatzsoftware. Selber prüfen ist dennoch nötig, da «Unchecky» nicht bei allen Programmen gleich gut funktioniert.
- Zusatzsoftware wie Toolbars, die den Browser verändern, können Sie oft direkt im Browser deinstallieren. Bei Firefox geht das unter «Extras» mit dem Menüpunkt «Add-ons», in Chrome im Menü «Weitere Tools» beim Punkt «Erweiterungen». Im Windows-10-Browser Edge findet sich der Punkt «Erweiterungen» im Menü. Säubern Sie sämtliche installierten Browser.
- Bringt dies keinen Erfolg, hilft für den PC das Programm «ADW Cleaner». Für Macs eignet sich das «Bitdefender Adware Removal Tool». MARC MAIR-NOACK

## die halbe Schweiz gefahren das Zugbillett?

das tun, bevor Sie anreisen. Wer arbeitslos gemeldet ist, ist vom Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) dazu verpflichtet, eine Stelle zu suchen. Trotzdem können Sie dafür keine Spesenquittungen einreichen. Timur Öztürk von der Arbeitslosenkasse der Unia sagt: «Bewerbungskosten werden nicht entschädigt.» Nur wer vom RAV zu sogenannten arbeitsmarktlichen Massnahmen (zum Beispiel zu einem Kursbesuch) verpflichtet wird, bekommt gewisse Kosten zurückerstattet.

**DOSSIER.** Nicht nur die Reise zum Bewerbungsgespräch, auch der Druck und Versand der Bewerbungsmappe kostet einiges. Damit Sie nicht jede Woche mehrere vollständige

Dossiers erstellen müssen, sollten Sie bei einer Absage Ihr Dossier zurückverlangen. Aber Ach-

### Auch Druck und Porto gehen rasch ins Geld für Stellensuchende.

tung: Personalverantwortliche warnen davor, das gleiche Dossier allzu häufig zu verschicken. Wenn es offensichtlich abgenutzt aussieht, macht das keinen guten Eindruck.

Porto und Druckkosten können Sie übrigens auch sparen, wenn Sie Ihre Bewerbungsunterlagen elektronisch verschicken.

**ARBEITSZEIT.** Falls Sie eine neue Stelle suchen, ohne dass Ihr Arbeitgeber Bescheid weiss, soll-

ten Sie für Vorstellungsgespräche freinehmen, ohne einen Grund anzugeben. Oder Sie legen entsprechende Termine in eine Randstunde.

Anders liegt der Fall, wenn Ihre aktuelle Stelle bereits gekündigt ist. Und zwar unabhängig davon, wer die Kündigung ausgesprochen hat. Dann haben Sie nämlich Anspruch auf «die erforderliche Zeit zur Stellensuche», so will es das Obligationenrecht. Konkret bedeutet das, dass Sie etwa einen halben Tag pro Woche freinehmen können. Ob Sie diese Zeit vom Arbeitgeber aber auch bezahlt bekommen, ist im Gesetz nicht klar geregelt. Sollten Sie entlassen worden sein, können Sie das aber – unter Umständen mit Hilfe der Gewerkschaft – vermutlich durchsetzen.

## FINDEN STATT SUCHEN NEUER JOB

Tipps und Tricks, damit es mit der neuen Stelle klappt, finden Sie im Ratgeber «Stellensuchen mit Erfolg» von **Trudy Dacorogna-Merki** (Beobachter-Verlag 2013, 208 Seiten, Fr. 39.-). Ausserdem: Die Unia ist auch für Stellensuchende da. Melden Sie sich bei Ihrem zuständigen Sekretariat, wenn Sie Fragen oder Probleme haben.

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Schnuppern am Abend?

**Mein Sohn ist in der 8. Klasse und macht bald seine erste Schnupperlehre als Koch. Der Betrieb will ihm auch die Arbeit am Abend zeigen, am Nachmittag hat er Zimmerstunde. Ist das erlaubt?**

«Schnupperlehren sind grundsätzlich dazu da, bei der Berufswahl zu helfen und einen Einblick in einen Beruf zu geben.

**Lena Frank, Jugendsekretärin.**

Aber: Für 13- und 14jährige darf ein Arbeitstag maximal acht Stunden dauern, die zwischen 6 Uhr morgens und 18 Uhr abends liegen müssen. Für 15- bis 18jährige Schnupperlehrlinge sind es maximal neun Stunden, maximal bis 20 Uhr (unter 16jährige) beziehungsweise 22 Uhr (unter 18jährige). Es ist

also nicht zulässig, dass Ihr Sohn den ganzen Abend im Betrieb ist. Zimmerstunde ist grundsätzlich erlaubt. In der Regel dürfen Jugendliche ab 14 Jahren schnuppern, und es gilt das Jugendschutzgesetz. Lohn bekommen sie für eine Schnupperlehre in der Regel nicht, bei längeren Einsätzen muss ein Betrieb aber eine Arbeitsentschädigung bezahlen. Solche Einsätze dürfen auch nicht länger als zwei Wochen dauern und finden meist während der Schulferien statt. Wenn Sie oder Ihr Sohn noch weitere Fragen haben, melden Sie sich beim Unia-Sekretariat in Ihrer Nähe. Weitere Informationen rund ums Schnuppern finden Sie auch online unter: [www.berufsberatung.ch](http://www.berufsberatung.ch).

**Hast auch Du eine Frage an die Jugendsekretärin?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

**work**rätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung inklusive Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 6  
Das Lösungswort lautete: **SCHULDENLAST**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Freienhof Thun, hat gewonnen: Heinz Berger, Zollbrück BE. Herzlichen Glückwunsch!

karge Landschaft	Coiffeuse Marina ... im work	Farbe der Wärme	sehr häufiger, kleiner Vogel	man kocht z.B. auf ihr	russ. Vorname	Offenes Ohr über den ...kauf	dritt-grösste Stadt Marokkos	3	Windjacke m. Kapuze	hauteng anliegende Hosen	Autokennzeichen v. Biasca	Geräusch
	7			Staat in Nordost-europa					Aufzug			
kurze Richtlinie		stacheliges Tierchen	witziger Einfall	12		Editorial: Offensiv ist immer so	auf diese Art		zum Mund gehörend	Jesus f. Italiener	Fluss in Peru, entlang den Anden	
				geröstetes Brot				Getreide (z.B für dunkles Brot)	5			
work titelt: Lohngleichheit, und zwar so	kurzer Güterzug		ein, wie Franzosen es sagen	..o..en = cremige Kuchen		Laubbaum mit Kätzchen	Spielraum im Verkaufspreis (Mehrzahl)					dadurch fliesst z.B. Wasser
sie stammt aus Märchen		Petition		Ende einer Wettkampfstrecke	globales Getränk			er steht über König				
Autokennzeichen von Feldis	Jahreszeit, mal anders genannt			engl.: irren	8		Los ohne Gewinn	.a.g.ste = Krebs ohne Schere			ind. Kleidungsstück aus Stoffbahn	
	4	der erste, z.B. im Sport	anderes Wort für Gott	span.: dich	Endo A. an das ...			beliebte Zitrusfrucht		franz. Insel im Mittelmeer	6	
Gemüse, seine Saison beginnt jetzt	Rechsteiner in dem work-Interview				Top-Level-Domain von Kenia	Arbeitsniederlegung	work: Er ist over & out					
				Winterfrucht, gut für Gelée	Umlaut	Zugvogel		oder, sagt ein Biote so				sie herrscht im All
Teilgebiet der Mathematik	fieser Kerl	11	exquisit	Stellung	Pflanze m. abführendem Saft			Ziegler über den Monat 1917				
					höfliche Anrede in England an Herrn		Raummeter, Abk.	chem. Zeichen f. Mangan		Ära in Italien	german. Wurfspiess	
fliesst durchs Emmental	oft zweifelhafte Geschäfte				.e.s = Getreide	eines wie z.B. Bambi		9	Streichinstrument			
			so sehen Romands schwarz			kurzer Mittwoch	unterirdisches Gefängnis					
Krankenschwester						sie macht muh		2	sie fliesst durch Bern			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) Einsendeschluss 21. April 2017

INSERAT

# STOPP DUMPING-UBER BEI SBB UND POST!

**Die beiden Bundesbetriebe SBB und Post wollen in ihren Mobilitäts-Apps den Dumping-Fahrdienst Uber einbinden, obwohl dieser gegen das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht verstösst.**

**Das geht nicht:  
Uber Aufträge vermitteln heisst, den Gesetzesbruch mitorganisieren!**

**Der Dumping-Fahrdienst Uber verstösst gegen Gesetze.**

- Er anerkennt seine Fahrer/innen nicht als Arbeitnehmende.
- Er verweigert ihnen die Sozialversicherungsbeiträge.
- Er zahlt keine Mehrwertsteuer.
- Er stiftet systematisch zu Schwarzarbeit an.

**STOPP DUMPING-UBER BEI SBB UND POST!**

Der Bundesrat erwartet, dass sich bundesnahe Unternehmen und deren Partner an die gesetzlichen Vorgaben halten.  
(Antwort des Bundesrats auf die Fragestunde-Frage 17 5161)

**UNIA syndicom S-V**

Überschreiten der Gesetze verboten  
Défense de transgresser les lois  
Vietato superare i limiti di legge  
Do not cross the legal lines

**UNIA**

Mehr Infos: [www.unia.ch/uber](http://www.unia.ch/uber)

**WORKLESERFOTO**



**Blütenmeer am Thunersee**

**WANN** 21. März 2017  
**WO** Thun  
**WAS** Krokusse und Narzissen im Schadaupark  
**Eingesandt von** Walter Winkler, Thun

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 31.3.2017**

**Was halten Sie vom AHV-Kompromiss des Parlaments?**

**VON KÄSELI ZU KÄSELI**  
 Einmal mehr werden wir für blöd und blind verkauft: Wochenlang diskutiert das Parlament, um dann zu einem solchen Entscheid zu kommen. 70 Franken AHV-Erhöpfung... das ist ja wirklich lachhaft. Von höheren Mehrwertsteuern und niedrigerem Umwandlungssatz in der zweiten Säule spricht niemand. Gerne möchte ich wissen, wie viel mir dann von diesen 70 Franken tatsächlich noch im Portemonnaie bleiben.  
 Wie wäre es zum Beispiel damit, die Rentnerinnen und Rentner in der Schweiz von der Einkommenssteuer zu befreien, wie dies viele Länder machen? Wie viele Menschen könnten so sogar ohne Ergänzungsleistungen und ohne Prämienverbilligung bei der Krankenkasse gut leben? In der Schweiz fliesst das Geld in ein Kässeli, um anschliessend aus einem anderen wieder ausgeschüttet zu werden.

REGULA CERMAK, PER MAIL

**KOMPROMISSE SCHMERZEN**

Ein Kompromiss ist dann ein guter Kompromiss, wenn er beiden Seiten wehtut. Und das ist beim AHV-Deal, den das Parlament nun beschlossen hat, der Fall. Natürlich schmerzt die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre. Aber mindestens genauso weh tut den Bürgerlichen die Stärkung der AHV. Und genau das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und macht Hoffnung für die nächste Revision der Altersvorsorge, die so sicher kommen wird wie das Amen in der Kirche.  
 Sparen wir unsere Kräfte für die Auseinandersetzungen, die da garantiert noch kommen werden, zum Beispiel beim Rentenalter 67 für alle. Das gilt es mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und damit haben wir im Volk auch gute Chancen. Anders als bei der Erhöhung des Frauenrentenalters.

KURT HONEGGER, ZÜRICH

**WORKPOST**

31. März 2017 **work** 3

**Volksaufstand gegen Oskar Freysinger im Wallis. Nicht einmal die Feuerwehr mochte den Flächenbrand löschen.**

**Der Schuss ging hinten raus**

**Systematisch machte sich SVP-Staatsrat Oskar Freysinger Milieu um Milieu zum Feind. Ein Abgesang.**

**DER SADDISTISCHE SHERIFF**  
 Doch aus der Mitte zwischen SVP und CSP wurde nichts. Inoffiziell: Oskar Freysinger ist ein Mann, der sich nicht um den Nationalstaat kümmert, sondern nur um seinen eigenen Namen. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bevölkerung über Bord werfen kann, wenn es um seinen Namen geht. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bevölkerung über Bord werfen kann, wenn es um seinen Namen geht.

**OFFENSICHLICH HAT DIE SVP ein Problem mit dem Regieren.**  
 In den vier Jahren, die er als Regierungschef amtierte, hat die SVP ein Problem mit dem Regieren. In den vier Jahren, die er als Regierungschef amtierte, hat die SVP ein Problem mit dem Regieren.

**DAS UNVERWUNDETE TRAUMA**  
 Wegen seiner Rolle als SVP-Staatsrat hat Oskar Freysinger ein Trauma. Wegen seiner Rolle als SVP-Staatsrat hat Oskar Freysinger ein Trauma.

durchs Fenster. Der Obermeister machte dann jeden Freitag mit ihnen die Runde ums Gebäude, damit sie den Unrat wieder zusammenlesen konnten. Am Sonntag ging's dann ins «Bahnhöfli» zum Tanz.

WILLI AERNE, PER MAIL

Selbstverständlich sind bei der Bezeichnung «Herausgeberinnen» die Männer mitgemeint. Wie es umgekehrt bei den «Herausgebern» die Frauen auch wären.

Die Redaktion

**WORK 6 / 31.3.2017: DIE UNIA GEHT IN DIE OFFENSIVE**  
**Die Zeit ist überreif**

Alle beklagen sich über die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Aber, so scheint mir, niemand tut wirklich etwas dagegen. Die Vorlage, die momentan im Bundeshaus verhandelt wird, ist unglaublich zahnlos. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie eine echte Besserung bringen wird. Ausserdem dauert der ganze Prozess schon unglaublich lange. 35 Jahre steht die Lohnungleichheit in der Verfassung, kaum etwas ist seither passiert. Auch deshalb bin ich voll einverstanden mit Unia-Präsidentin Vania Alleva: Die Zeit ist reif für einen grossen Schritt! Überreif! Wo kann ich für die Subito-Initiative unterschreiben?

IRÈNE REUSSER, LYSS BE

**WORK 5 / 17.3.2017: «ICH MAG NASHÖRNER, SIE SIND STARK UND KLUG»**

**Aktueller denn je**

Schon immer interessierten mich die Meinung und das Verhalten von Jean Ziegler. Seine Analysen sind heute aktueller denn je. Dass so eine Persönlichkeit bei gewissen Parteien und Personen nicht immer gut ankommt, ist klar. Umso wichtiger, dass die Bevölkerung weiss, mit wem wir es zu tun haben.

NORBERT WIEST, LIEBEFELD BE

**WORK 6 / 31.3.2017: DER SCHUSS GING HINTEN RAUS**  
**Bravo Romandie!**

Wie habe ich mich gefreut, als vor ein paar Wochen klar wurde, dass die Walliserinnen und Walliser Oskar Freysinger in die Wüste geschickt haben. Und wie habe ich mich gefreut über den Artikel dazu im letzten work. Er zeigt, dass dieses Wahlergebnis kein Zufall war, sondern dass sich der Rosschwanzträger mit der Reichskriegsflagge im Keller diese Niederlage ganz alleine zuzuschreiben hat. Als ich kurz darauf dann auch noch die Wahlergebnisse aus dem Kanton Neuenburg zur Kenntnis nehmen durfte, wo sich die SVP im Kantonsparlament verdankenswerterweise gleich halbiert hat, hätte ich jubeln mögen. Bravo Romandie! Nehmen wir uns ein Vorbild.

BERNHARD MÜLLER, WETZIKON ZH

**WORK 6 / 31.3.2017: ITALIANITÀ STATT JASS-KARTEN IM «HIRSCHEN»-SÄLI**  
**Geschlechtsumwandlung**

work schreibt in der letzten Ausgabe von den «Herausgeberinnen Giuliano Alghisi und Marina Widmer.» Es ist zwar offensichtlich, dass work öfter etwas «frauenlastig» ist. Aber deswegen braucht die Redaktion doch bei Giuliano nicht gleich eine Geschlechtsumwandlung durchzuführen und ihn zur Frau zu machen! Ich war im Alter von 18 Jahren Vorarbeiter in einer Zwirnerei und hatte da ein Dutzend Italienerinnen zu betreuen (nicht im Sinne von Amore!). Ich erinnere mich noch gut an die Zeit.  
 Amüsantes Detail: Die Signorine schmissen jeweils regelmässig irgendwelchen Abfall

**#?! workwort**

**Frost**

Wenn's unter null ist, dann ist's auch mit mir nicht lustig. Arbeiten? Wohl kaum! Unter minus fünf Grad ist die Baustelle zu gefährlich. Allerdings haben wir jetzt Frühling. Die Zeit, in der die Blumen blühen, in der die Sonne wärmt, die Glieder nicht mehr ächzen, der Rost verschwindet.  
 Eh, Rost? Ja genau, das «F» fehlt ihm nun, und so geht unsere Geschichte fröhlich weiter. Zusammenhang Rost und Frost? Ganz einfach: Frost ist kalt, da kann es jederzeit ein Stück wegsprengen. Zum Beispiel eben ein «F». Dann heisst's noch Rost. Easy, oder? Und weil nun auch noch das «R» absprengt, bleibt nur noch Ost. Fassen wir zusammen: Frost, Rost, Ost. Falls jetzt noch ein O verschwindet, bleibt St., die beliebte Kurzform von Sankt. Leicht zu merken mit dem Spruch: Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an.  
 THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «workwort».

**Diana Fedzioryna (28) hat einen scharfen Blick für Autos**

# «Ich erkenne Kunden schon am Fahrzeug»

**Verkäuferin und Serviceangestellte: Nur ein Job aufs Mal wäre Diana Fedzioryna zu langweilig. Deshalb macht sie auch zwei Fachausweise zur gleichen Zeit.**

CHRISTINA SCHEIDEGGER | FOTOS NIKOLAUS LORETAN

Das Wallis, irgendwo an der Kantonsstrasse zwischen Visp und Brig. Die Agip-Tankstelle Eyholz liegt etwas ab vom Schuss, aber trotzdem genau am richtigen Ort. Diana Fedzioryna erklärt: «Wenn die Leute hier auf die Autobahn fahren, dann können sie bis zum Simplon nirgendwo mehr tanken.»

Die junge Frau arbeitet als Verkäuferin an der Tankstelle. Und als Bäckerin. Und im Service. Alles zu gleichen Teilen, sagt die aufgestellte Frau mit den grünen Augen. Morgens um fünf Uhr, wenn die Frühschicht beginnt, heizt Fedzioryna als erstes den Ofen vor. Bäckt Brot und Gipfeli auf, streicht Sandwiches. Sie sortiert die neuen Zeitungen und Zeitschriften, stellt Wasser bei den Tanksäulen auf und öffnet die Schränke mit dem Öl und dem Scheibenwischerwasser.

**DER AUTO-BLICK.** Es ist wenig Zeit und viel zu tun, bevor die Tankstelle um 6 Uhr geöffnet wird und die ersten Kundinnen und Kunden für ihren Morgenkaffee anhalten. Die meisten sind Stammgäste, sagt Fedzioryna: «Ich erkenne sie schon an ihren Autos.» Noch bevor sie die Tankstelle betreten, macht sie für jeden den richtigen Kaffee parat.

Die junge Frau hat den Auto-Blick: «Mein Neffe war als Bub ein totaler Auto-Fan. Er hat mich immer nach den Marken gefragt. Deshalb habe ich sie auswendig gelernt.» Aufgewachsen ist Fedzioryna in Polen, 2009 kam sie für einen Sommerjob während des Studiums in die Schweiz. Und ist im Wallis hängengeblieben, zuerst in der Gastronomie, seit drei Jahren arbeitet sie an der Tankstelle.

Eigentlich wäre sie gerne Polizistin geworden, erzählt Diana Fedzioryna. In der Schweiz ist das für sie kaum möglich. Maximal 35 Jahre alt darf sie für die Polizeischule sein. Und um die zu machen, braucht sie den Schweizer Pass. Das wird eng. Trotzdem sieht sie für sich hier beruflich die besseren Chancen: «In Polen arbeiten die Leute jeden Tag und können davon knapp die Miete und die Rechnungen bezahlen. Übrig bleibt Ende Monat nichts.» Das sei in der Schweiz anders.

**FRAUENPROTEST.** Die Lage in ihrer Heimat verfolgt sie aber aufmerksam. Und regt sich teilweise schrecklich über die Politik der konservativen Regierung auf. Umso mehr freute sie sich über die grossen Frauenproteste Ende des letzten Jahres. Die

Frauen gingen auf die Strasse, um gegen die Verschärfung des ohnehin schon restriktiven Abtreibungsgesetzes zu protestieren. «Es macht mich froh, dass die Frauen jetzt endlich für sich entdeckt haben, dass sie etwas bewegen können», sagt sie. Gerne wäre sie am Women's March Mitte März in Zürich dabei gewesen, eine Erkältung machte ihr einen Strich durch die Rechnung. Sie schmunzelt und sagt: «Aber den Pussyhat habe ich zu Hause. Nach 12 Jahren habe ich wieder mit dem Stricken angefangen.»

**DIE VERKÄUFERIN.** Diana Fedzioryna kümmert sich gerne. Um ihre Gäste im Tankstellen-Bistro, auch um ihre Freundinnen und Freunde. Weniger um sich selbst. Doch sie habe gelernt, dass das auf Dauer nicht gehe, sagt die 28-jährige: «Man kann nicht nur Schwierigkeiten von anderen mittragen und die eigenen Probleme ganz alleine lösen.» Auch deshalb ist sie in der Unia mit dabei.

Für mehr privates Engagement bleibt ihr neben dem Job keine Zeit. Sie arbeitet 100 Prozent und macht ausserdem eine Ausbildung, für zwei Fachausweise gleichzeitig: Marketingfachfrau und Verkaufsfachfrau. Dafür geht sie einen Nachmittag pro Woche in die Schule nach Thun, einmal im Monat einen ganzen Samstag. Daneben lernt sie 8 bis 10 Stunden pro Woche zu Hause.

Am liebsten mag sie, wenn's in der Ausbildung ums Verkaufen geht. Das ist an



**DIANA FEDZIORYNA**  
**DIE MINI-FAHRERIN**

Diana Fedzioryna (\* 1988) wächst in Polen mit fünf Geschwistern auf. 2009 sucht sie einen Saisonjob in der Schweiz und findet ihn in einem kleinen Walliser Hotel. Bis 2014 kommt sie regelmässig für Sommer- und Wintersaison zurück, bis sie wegen Problemen mit ihrer Chefin die Stelle aufgibt. Über ihren Schwiegervater findet sie den Job an der Tankstelle. Dort arbeitet sie heute 100 Prozent und ist im Stundenlohn angestellt. Mit allen Abzügen verdient sie 22 Franken pro Stunde brutto, wie alle anderen Angestellten der Tankstelle auch.

**UNTERWEGS.** Zur Arbeit fährt sie meist mit ihrem Mini. Fedzioryna: «Den gebe ich nicht wieder her.» In die Schule nach Thun nimmt sie aber den Zug. Im August 2018 wird sie die Ausbildung als Verkaufsfachfrau/Marketingfachfrau voraussichtlich abschliessen. Danach würde sie gerne als Verkäuferin im Ausendienst arbeiten. Diana Fedzioryna wohnt mit ihrem Freund in Glis VS.

der Tankstelle nicht anders. Die Augen leuchten, wenn sie davon erzählt, wie sie es liebt, ein Produkt speziell zu arrangieren: «So, dass es fast von selbst zum Kunden sagt: «Du musst mich kaufen.» Und wenn ich jemanden beraten kann und sehe, dass ich geholfen habe, macht mir das grosse Freude.» Sowieso ist es der Kontakt mit den Menschen, der ihr an ihrer Stelle gefällt.

Die zunehmende Automatisierung macht ihr keine Sorgen. Es sei einfach ein anderes Gefühl, ob man sich den Kaffee am Automaten selber rauslasse oder ob ein Mensch diesen persönlich an den Tisch bringe und sich die Zeit nehme für ein kurzes Gespräch: «Wir schenken den Menschen unsere Aufmerksamkeit. Deshalb kommen auch die Stammgäste immer wieder.»



**DREIKAMPF:** Magazine einräumen, Benzin einkassieren, Kaffee einschenken.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Thomas Adank, Sina Bühler, David Gallusser, Michael Stötzel, Clemens Studer **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Tom Hänsel, Michelle Weber **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.